

DKP-Informationen

Nr. 1/2011 - 30. März 2011

3. Parteivorstandstagung

26./27. März 2011

Essen

Referate

Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

3. Tagung des Parteivorstands der DKP

26./27. März 2011, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
 2. Aktuelle Entwicklungen unter Berücksichtigung der Vorbereitung der Theoretischen Konferenz
Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
 3. Zur inhaltlichen Konzeption des 17. Pressefestes der UZ – Zeitung der DKP
Patrik Köbele, stellvertretender Vorsitzender der DKP
 4. Beschlüsse
-

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Abstimmung über die Regularien
2. Aktuelle Entwicklungen unter Berücksichtigung der Vorbereitung der Theoretischen Konferenz
Genossin Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
3. Diskussion
 - Diskussion zu Beschlussvorlagen und Beschlussfassung
Die DKP, ihre internationale Politik und die Partei der Europäischen Linken
 - Gegen „Sparprogramme“ und gegen ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit
4. Zur inhaltlichen Konzeption des 17. Pressefestes der UZ – Zeitung der DKP
Patrik Köbele, stellvertretender Vorsitzender der DKP
 - Diskussion und Beschlussfassung
5. Diskussion und Beschlussfassung
 - Die Sowjetunion trug die Hauptlast
7. Diskussion, Beratung und Beschlussfassung weiterer Vorlagen
8. Beschluss über Konkretisierung des Termin- und Themenplans des Parteivorstandes (ab Juli)
9. Informationen – Verschiedenes
10. Schlusswort

3. Tagung des Parteivorstands der DKP 26./27. März 2011, Essen

Aktuelle Entwicklungen unter Berücksichtigung der Vorbereitung der Theoretischen Konferenz

Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor dreieinhalb Monaten diskutierten wir auf unserer 2. Parteivorstandstagung die Aktionen des Herbstes.

In den Herbstwochen des Jahres 2010 engagierten sich im Lande Hunderttausende aktiv bei den Aktionen gegen Stuttgart 21, in der Anti-Atombewegung, bei den Protesten gegen Nazi-Aufmärsche und nicht zuletzt bei den Aktionen der Gewerkschaften gegen die Politik der Bundesregierung.

Das neue Jahr begann mit weiteren Aktivitäten und für uns mit einem erfolgreichen **LL-Wochenende**, an dem wir eine kämpferische Demonstration und am Abend zuvor nach der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ eine ausverkaufte DKP-Veranstaltung erlebten. Wir werden über die Schlussfolgerungen für 2012 noch gründlich zu beraten haben.

In den Tagen vor dem LL-Wochenende begannen jedoch bürgerliche Politiker von CDU/CSU bis SPD und Grünen sowie bürgerliche Medien auch eine hysterische Debatte über den **Kommunismus**.

Anlass waren bekanntlich ein Artikel der Vorsitzenden der Partei „Die Linke“ in der „jungen Welt“ und die Ankündigung, dass Gesine Löttsch sich bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz auf dem Podium gemeinsam unter anderem mit der Vorsitzenden der DKP, mit Bettina, und mit Inge Vieth, EX-RAF-Mitglied und in der antikapitalistischen Linken aktiv, einer Diskussion zum Thema „Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“ stellen wolle.

Es ist schon pikant: In einer politisch durchaus auch für die Schwarz-Gelbe-Regierung schon angespannten Situation – die Guttenberg-Affäre stand noch nicht zur Debatte - kommt jemand mit einem realen Blick auf wichtige Abschnitte deutscher Geschichte, auf die Novemberrevolution 1918/19 und verpasste Gelegenheiten. Und verweist dann angesichts wachsender gesellschaftlicher Widersprüche auch noch sehr, sehr vorsichtig und nur ansatzweise auf eine fesselnde Utopie einer künftigen Assoziation freier Individuen. Und macht dabei darauf aufmerksam, dass die Herrschenden möglicherweise aus den Krisen keine Auswege mehr finden. Und erklärt dann auch noch, dass die andere Gesellschaft über einen langen Weg erst noch erkämpft werden muss und völlig unklar sei, welche Wege gegangen werden können.

Mehr nicht.

Gesine Löttsch verteidigte ansonsten in ihrem Artikel nur die lang bekannten Positionen ihrer Partei zum demokratischen Sozialismus ...

Es begann eine wüste antikommunistische Kampagne. Über Wochen hinweg empörten sich bürgerliche Medien und politische Gegner – auch Kritiker aus den Reihen der Partei „Die Linke“.

Allein die Andeutung des „Gespenstes“ des Kommunismus macht offenbar die herrschende Klasse, ihre politischen wie medialen Vertreter derzeit schon völlig nervös. Vor über 20 Jahren feierte man das „Ende der Geschichte“. Die ist aber – wie sich zeigt – vor allem wegen der Tatsache, dass sich Menschen mit ihrer Lage nie endgültig abfinden und immer wieder gegen Unterdrückung aufbegehren, ein ruheloser Maulwurf.

Rekapitulieren wir: Was für eine Besorgnis muss existieren, wenn schon die vorsichtigen Äußerungen von Gesine Löttsch zu einer solchen Hysterie und zu derartigen antikommunistischen Hassausbrüchen führten? Es ist wohl – ich verkennen die aktuellen wahlpolitischen Überlegungen nicht, die die Debatte auch prägten – die Angst vor einer Utopie, die eben gar nicht so weltfremd ist, sondern auch heute tatsächliche Sehnsüchte, Wünsche und Ziele vieler ausdrückt.

Und diese Besorgnis wurde wenig später noch größer. Nicht nur wegen der Protestaktionen in anderen EU-Ländern, sondern vor allem wegen der Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten. Aber auch die Vorgänge in Japan zeigen, dass dieses System in die Barbarei führt – wenn es nicht überwunden wird.

Dabei sollte jedoch bei uns die Nachdenklichkeit überwiegen. Wir haben keinen Grund für Selbstgefälligkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im vergangenen Jahr ist auch hierzulande etwas in Bewegung geraten. Und das setzt sich derzeit fort. Wenn auch die Zahl der Demonstrierenden, derer, die sich an Menschenketten und Mahnwachen beteiligten, größer sein könnte angesichts der Millionenproteste in anderen Ländern.

Es hat sich in der Bundesrepublik jedoch vor allem qualitativ etwas verändert.

Ganz offensichtlich hat dies etwas mit Lernprozessen zu tun. Und solche Lernprozesse müssen nicht nur in Betrieben, in Belegschaften durch Kämpfe und Vermittlung von Erfahrungen sowie vor allem Wissen weiter unterstützt und vorangetrieben werden. Und nicht nur in Betrieben sowie Gewerkschaften, sondern auch in sozialen, in der antifaschistischen, in der Friedens-, in der Frauenbewegung und in der Anti-AKW- wie der Ökologie-Bewegung.

In der gegenwärtigen Situation ist eine unsere wichtigsten Aufgaben als Kommunistinnen und Kommunisten Wissen zu vermitteln, zur Erkenntnis beizutragen, dass Veränderungen möglich sind und Lernprozesse, d. h. Aktionen mit zu initiieren und zu organisieren.

Zunächst bedeutet dies in heutige Auseinandersetzungen uns aktiv und offen einzumischen, wie das die Genossinnen und Genossen der DKP in vielen Orten bereits seit Langem tun. Das heißt aber auch, dazu beizutragen, dass die Prozesse weitergeführt und die Bündnis breiter werden, strategische Überlegungen einzubringen, und dass – auch durch unsere Arbeit - mittelfristig breite und dauerhafte Bündnisse entstehen, die für eine soziale und demokratische gesellschaftliche Alternative zu gegenwärtigen Politik kämpfen.

Dafür gibt es derzeit nicht wenige Ansätze.

Wenn dies auch jetzt nicht gelingt, dann wird genau das passieren, worauf Leo in seinem Referat auf der 2. Parteivorstandstagung vor 3 ½ Monaten aufmerksam machte: „...dann wird es den Herrschenden leicht fallen, die Proteste in Resignation versanden zu lassen, oder mit einer ‚Erneuerung‘ des Kapitalismus Teile der oppositionellen Kräfte auf ihre Seite zu ziehen“.

Das ist ein schmaler Grat – wie sich derzeit in der Atompolitik zeigt. Da versucht jetzt die Merkel-Regierung, sich durch ein dreimonatiges Moratorium Luft zu verschaffen und die Gemüter zu beruhigen.

Sie versucht die Spaltung der gewerkschaftlichen Aktionen.

Passend dazu wird mit der „Extremismusklausel“, von Ministerin Schröder „Demokratieerklärung“ genannt, versucht antifaschistische Projekte und Initiativen zu spalten. Diese Klausel, mit der letzten Endes nur nach einer „Gesinnungsprüfung auf Verfassungstreue“ eine finanzielle Förderung erfolgen soll, trifft auch inzwischen etablierte Projekte der Arbeit gegen Rechts. Grund für diese Klausel ist sicher auch, dass in vielen Projekten Menschen arbeiten, die es als unverzichtbar ansehen wirklich breite Bündnisse zu entwickeln, um erfolgreich zu sein.

Inzwischen hat neben der VVN-BdA und vielen anderen Organisationen auch der DGB festgestellt, dass Gewerkschaften als Antragsteller gleichfalls von dieser Klausel betroffen sind. Michael Sommer wies gegenüber Ministerin Schröder darauf hin, „das insbesondere die ‚Gesinnungsüberprüfung‘ von Partnerorganisationen ... kontraproduktiv sei. Denn sie führt zu einer erheblichen Belastung der auf Vertrauen gegründeten Zusammenarbeit der Initiativen und Gruppen und einem gesellschaftlichen Klima des Misstrauens.“ Abgesehen davon sieht der DGB verfassungsrechtliche Bedenken, gegründet auf ein Gutachten von Prof. Ulrich Battis, der Teile der Klausel als nicht mit dem Grundgesetz Art.3 Abs.1 vereinbar sieht.

Die Regierenden stoßen auf wachsenden Widerstand: in antifaschistischen Initiativen und Organisationen, durch Gewerkschaften und linke Parteien. Wir werden mit dafür sorgen, dass ihr Vorhaben nicht gelingt, dass die nicht nur gegen Linke gerichtete „Extremismusklausel“ fällt, dass die antifaschistischen Bündnisse breiter werden und wir gemeinsam weiter erfolgreich Nazi-Aufmärsche blockieren: nicht nur in München, Berlin, Dresden usw., sondern überall!

Blockieren bleibt unser Recht und auch wir werden uns weiter engagieren, bis alle Nazi-Aufmärsche, die faschistischen Organisationen, ihre Ideologie und Politik Geschichte sind.

Auf der Straße zeigt sich die Zunahme an Aktivitäten derzeit vor allem bei den Aktionen der Anti-AKW-Bewegung und bei antifaschistischen Blockaden, Demonstrationen und Mahnwachen - nicht nur in Dresden, wo wir mit über 20 000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung aus Dresden, aus anderen Bundesländern und dem Ausland den faschistischen Aufmarsch verhindern konnten.

Faschistische Ideologie ist immer auch rassistische Ideologie. Deshalb gilt es für uns auch, die am 22. März beginnende Kampagne „Abolish! Zur Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge“ zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Aktionen ist gegen die „Residenzpflicht“ und das „Asylbewerberleistungsgesetz“ gerichtet.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 24. Februar gab es betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, Protestversammlungen während der Arbeitszeit oder verlängerten Pausen, um gegen Leiharbeit zu protestieren. Daran beteiligten sich im Bereich der IG Metall mit den Schwerpunkten Baden-Württemberg und Bayern mehr als 210 000 Kolleginnen und Kollegen aus 1 360 Betrieben - vorwiegend der Metall-, Elektro- und Automobilindustrie. Leiharbeit wie wir alle wissen - derzeit eine der profitabelsten Vermarktungen der Ware Arbeitskraft.

Gewerkschaftliche und politische Diskussionen darüber, dass nach den Herbstaktivitäten der Gewerkschaften nicht eine „Ruhephase“ bis zum nächsten Herbst folgen dürfe, wurden schon vor Jahresende 2010 geführt. Ein Ergebnis davon war der bundesweite Aktionstag der IGM am 24. Februar. Aktuelles Ziel gewerkschaftlicher Kritik war dabei auch das Verfahren im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, das für die Hartz-IV-Opfer keine Verbesserung und ein für die SPD blamables Ergebnis brachte. Von der Forderung nach gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit für Zeit- und Leiharbeitskräfte blieb nur noch der Mindestlohn für diese in gerade mal drei Branchen übrig.

Die IG BAU legte ihren Schwerpunkt mehr auf die Rente mit 67. Bauarbeiter erreichen in der Regel nicht einmal mehr die bisherigen Altersgrenzen für die Verrentung. Am 21. Februar luden Baugewerkschafter über 100 000 Unterschriften, insgesamt 4 000 Meter auf Kabeltrommeln aufgewickeltes Papier, in Berlin ab. Im Osten der Republik forderten sie mit verschiedenen Aktionen endlich den gleichen Lohn für Bauarbeiter wie im Westen des Landes.

Der DGB und einige Mitgliedsgewerkschaften orientierten ebenfalls auf den 24. Februar. Dazu gab es Materialien und Presseerklärungen.

Sich bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Aktionen solidarisch einzubringen ist die Aufgabe aller Linken, vor allem auch der Kommunistinnen und Kommunisten. Viele Gruppen der DKP gingen deshalb am Aktionstag und in den Tagen zuvor und danach an die Öffentlichkeit. In einem UZ-Extra, das in einer Auflage von 35 000 Exemplaren erschien, wurde durch uns die Leiharbeit u. a. als moderne Sklaverei angeprangert und das Verbot gefordert. Ein erster Schritt muss die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Leih- wie Stammarbeitskräften sein.

Nicht nur gegen Leih- und Zeitarbeit, gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen die Rente mit 67, sondern auch gegen den europäischen „Pakt für den Euro“, mit dem nach Plänen von Sarkozy und Merkel die Tarifautonomie eingeschränkt, die Lohnentwicklung an die Produktivität gekoppelt und damit auch das Lohnindexierungssystem in Belgien und Luxemburg abgeschafft werden soll, gab es gewerkschaftliche Aktionen. Der DGB protestierte gemeinsam mit Gewerkschaftern aus Belgien und Luxemburg am 21. März in Berlin gegen diesen Pakt.

In den gegenwärtigen Tarifkämpfen – auf die GDL wird in der Diskussion sicher noch gesondert eingegangen sein - sind viele Kolleginnen und Kollegen kampfbereiter, mit niedrigen Abschlüssen unzufrieden und äußern dies deutlich.

Völlig unverständlich - und in den Gewerkschaften teils heftig kritisiert - ist die Beteiligung des DGB an einer Gesetzesinitiative des BdA zur faktischen Einschränkung des Streikrechts.

Die DKP lehnt jede Einschränkung des Arbeitskampfrechts in der Bundesrepublik Deutschland ab, das sowieso schon weit entfernt von einem allgemeinen Streikrecht ist. Unsere gewerkschaftlich organisierten Mitglieder werden auch weiter in ihren Gewerkschaften die Diskussion um das Thema führen, das bestimmt auch beim Gewerkschaftstag der IG Metall und beim Kongress von ver.di eine

Rolle spielen wird. Initiativen wie jener der Gewerkschaftslinken stehen wir offen gegenüber wie allen, die eine konstruktive und solidarische Diskussion führen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Situation rücken jetzt die Jugendverbände der DGB-Gewerkschaften und die DGB-Jugend mit der Initiative „Wie willst Du leben?“ völlig zu Recht die Zukunftsthemen der jungen Generation in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Sie haben beim Beginn der Planungen bestimmt nicht erwartet, dass die Welt Anfang 2011 so in Bewegung gerät.

Die Situation ist auch hierzulande offenbar schon lange reif für Fragen wie „Wie willst Du leben?“, „Welche Erwartungen hast Du an die Zukunft?“, „In welcher Welt willst Du leben?“, weil die gesellschaftlichen Widersprüche immer spürbarer werden und eben nicht nur Diskussionen um Alternativen im Bereich der Energiegewinnung und des Umweltschutzes nötig, sondern Widersprüche in vielen Bereichen aufgebrochen sind.

Eine breite Debatte um eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative ist lange überfällig.

Wäre es da nicht spannend und gut, wenn gerade jetzt unsere Gruppen vor Ort – vielleicht gemeinsam mit der SDAJ und mit Bündnispartnern – den jungen Gewerkschaftern Streitgespräche anbieten könnten? Gerade weil wir meinen, dass die Arbeiterklasse nach wie vor die entscheidende Kraft für die Veränderung der Verhältnisse ist?

Da haben wir doch ein riesiges Pfund: Die geschichtlichen Erfahrungen unsere Genossinnen und Genossen gehören dazu, die klassenmäßige Einschätzung der Entwicklungen in anderen Regionen der Welt. Und zu unserer Stärke gehört auch, dass wir aufgrund der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen durchaus schlüssig begründen können, warum der Kapitalismus eben nicht das Ende der Geschichte ist.

Wir sollten meines Erachtens viel aktiver und selbstbewusster für unsere in unserem Parteiprogramm formulierten Vorstellungen über die Möglichkeiten eines Wandels zu demokratischem und sozialen Fortschritt durch Massenaktionen und für unser sozialistisches Ziel werben, das nach unserer Auffassung, „das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen“ (Programm der DKP).

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Nordafrika, im Nahen Osten, aber auch im Bundesstaat Wisconsin in den USA ist die Wut gegen Armut, Ausgrenzung, wachsende soziale Spaltung und gegen die Arroganz der Herrschenden bereits umgeschlagen in breite Bereitschaft zum Protest und in aktives Handeln vieler Menschen.

„Wenn in Ägypten Demokratie möglich ist, warum dann nicht in Wisconsin?“, war vor wenigen Wochen auf einem der Protestplakate in Madison, der Hauptstadt des US-Bundeslandes Wisconsin zu lesen.

Dort protestierten Hunderttausende gegen ein geplantes Gesetz, das Gouverneur Scott Walker und die republikanische Mehrheit im Kongress des Bundesstaates inzwischen im Senat mit einem üblen Trick durchsetzten. Darin sind massive Kürzungen in der Gesundheits- und Rentenversorgung der staatlichen Angestellten vorgesehen. Das Tarifrecht der Beamtenengewerkschaft soll ausgesetzt, die Gewerkschaftsbewegung weiter geschwächt werden.

Viele Menschen wollen und können so nicht mehr leben. Der Dokumentarist Michael Moore machte auf einer Demonstration in Madison am 6. März in seiner Weise auf die Klassenspaltung der Gesellschaft aufmerksam: „Das Land badet im Reichtum. Er ist nur in anderen Händen. Im größten Raubzug der Geschichte ist es von den Arbeitern und Konsumenten zu den Banken und in die Taschen der Superreichen transferiert worden.“

Heute besitzen 400 Amerikaner so viel wie die Hälfte aller US-Bürger zusammen“ (Zitiert nach UZ, 11. 3.2011, S. 2)

In Nordafrika, vor allem in Tunesien und Ägypten gab es andere Gründe, warum die Menschen auf die Straße gingen und dort blieben, bis sie die Diktatoren Ben Ali und Mubarak vertrieben hatten.

Aber auch hier geht es vor allem um die wachsende Kluft zwischen dem Reichtum weniger und dem schlechten Leben, der Armut oder gar dem Elend vieler.

Die **Prozesse der Veränderung im Nordafrika sowie im Nahen Osten** sind lange nicht beendet, denn es geht vielen Menschen dort – unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen - nach wie vor offenbar nicht nur um mehr Demokratie und demokratische Rechte oder nur darum, Diktatoren und ihre Handlanger davonzujagen, sondern um die Überwindung der Armut, des Hungers, um Arbeit und Zukunft, um ein würdevolles Leben. Erste Erfolge wurden erreicht. In Ägypten, Tunesien, Algerien werden die Gewerkschaften und vor allem die Gewerkschaftsbasis aktiver, neue unabhängige Gewerkschaften bilden sich. Es gibt neue progressive Gruppierungen, die in sich den Auseinandersetzungen formierten.

Die Forderung nach einem würdevollen Leben war Auslöser für Rebellion, ist und bleibt Antrieb für dauerhaften Widerstand.

Die Lage der Menschen in der nordafrikanischen Region und im Nahen Osten war und ist nicht nur Folge der Etablierung autokratischer Systeme nach der Befreiung vom Kolonialjoch, von denen wir in den 60er und 70er Jahren oft geglaubt hatten, dass diese Länder auf dem Weg zum Sozialismus befinden oder zumindest an seiner Seite sind. Auch hier – wie bei Gaddafi - mussten wir lernen.

Die Lage der Menschen in der Region ist zunehmend Resultat des Drucks von Weltbank und IWF, der Verteuerung von Nahrungsmitteln und der Spekulation und damit Folge der Auswirkungen neoliberaler Politik und Ideologie. Der vollständige Abbau der Zollschränken mit der EU führte zu Betriebs-schließungen und dem Abbau von Arbeitsplätzen für höher Qualifizierte.

Die Umbrüche in Nordafrika, die „Tage des Zorns“ hatten sich schon lange angekündigt. Bereits in den 80er Jahren gab es sogenannte Brotrevolten in mehreren arabischen Ländern. So in Marokko. Grund war die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise aufgrund von Strukturanpassungsmaßnahmen, die der Internationale Währungsfonds gefordert hatte. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen. So fanden beispielsweise im Nildelta seit 2008 regelmäßige Streiks der Textilarbeiterinnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen statt.

Es gibt heute nach wie vor gravierende Entwicklungsdefizite, denn das Großkapital hat kein Interesse an der industriellen Entwicklung in der Region, nur an den Ressourcen. Die Bevölkerung wächst, Wasser, fruchtbares Land werden knapper. Es entstehen – aufgrund geringen Wirtschaftswachstums - nur wenige neue Arbeitsplätze. Allein bis 2020 werden in der Region 51 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt (Heinz-Dieter Winter, Von einer Zone des Zorns zu einer Zone des Friedens, ND vom 19./20. März 2011, S. W4)

Vor allem die Generation der unter 35-Jährigen – das sind zwei Drittel der Bevölkerung - sieht unter solchen Bedingungen keine Zukunft für sich und ihre Familien. In Tunesien und einigen anderen Ländern gibt es eine gut ausgebildete, aber aufgrund von Arbeitslosigkeit perspektivlose junge Generation. Unter den Hochschulabgängern in Tunesien sind etwa 20 Prozent, bei den gering Qualifizierten nur etwa 5 Prozent arbeitslos.

Die gegenwärtigen Umbrüche haben, auch wenn derzeit meist Veränderungen blockiert und die Eigentumsverhältnisse noch nicht angetastet werden, Auswirkungen auf andere Regionen der Welt.

Das, was wir bislang erlebt haben, waren spontane Massenerhebungen. In den wenigsten Ländern der Region gibt es kämpferische Gewerkschaften – trotz bedeutender Traditionen (so gab es in Ägypten erste Gewerkschaften nach 1. Weltkrieg, 1922 wurde ein Dachverband gegründet, der der Roten Gewerkschaftsinternationale beitrug). Meist ist die Gewerkschaftsbewegung heute wie in Tunesien gespalten.

Die Linken haben kaum Einfluss. Die Kommunistischen Parteien sind bis auf wenige Ausnahmen klein, haben geringen Einfluss, sind in der Illegalität oder wurden zerschlagen. Daran hatte auch Gaddafi Anteil.

Die Motive und Ursachen der Volkserhebungen im arabischen Raum sind im Einzelnen – wie wir wissen – sehr unterschiedlich. So wie die agierenden Kräfte. Noch werden meist bürgerlich-demokratische Forderungen gestellt, lange keine sozialistischen. Dafür gibt es kaum Voraussetzungen. **Die Ziele beinhalten insbesondere den Sturz der despotischen Regime und die Durchsetzung demokratischer wie sozialer Grundrechte für die Mehrheit der Menschen. Auch Monarchisten und andere reaktionäre Kräfte werden aktiv.**

Das „Linke Arabische Forum“ (ein Beratungsorgan verschiedener linker und kommunistischer Kräfte und politischer Parteien des arabischen Raumes) schätzte zum Abschluss seiner Beratungen in Beirut am 18./19. Februar, zu dem die Libanesischen KP eingeladen hatte, unter anderem ein:

„Die beiden Revolutionen in Tunesien und Ägypten bilden einen qualitativen Sprung im arabischen politischen Leben, indem sie zeigten, dass ein fortschrittlicher Wandel möglich ist. Sie zeigten konkret die Machbarkeit eines Sieges über despotische Regime, die durch Unterdrückung, Ausbeutung, Verarmung des Volkes, vollständige Unterwerfung der nationalen Ökonomien gegenüber dem IWF und der Weltbank, sowie durch vollständige Unterwürfigkeit ihrer Politik gegenüber dem imperial-zionistischen Vorhaben in der Region gekennzeichnet sind. ...

Die Massenbewegung und die Gewalt, deren Zeugen wir sind, haben der arabischen Welt einen neuen Horizont eröffnet. Ein durch den Kampf der Jugend und der Werktätigen von Tunesien und Ägypten und unter bemerkenswerter und wirksamer Unterstützung der arabischen Frauen geschaffener Horizont. Das schafft Gelegenheit und Herausforderungen für die Kräfte der arabischen Linken, sich unter dem Programm eines demokratischen und sozialen Wandels zu vereinen, mit zwei zentralen und verbundenen Aufgaben.

Zum Ersten muss so ein Programm gegen die reaktionären internen Kräfte gerichtet sein, die versuchen, das Erwachen der Massen in Tunesien und Ägypten für ihre eigenen Pläne auszunutzen, welche keine radikale Veränderung gegenüber dem gegenwärtigen Status in der arabischen Welt vorsehen. Im Gegenteil würden diese Pläne die gleichen Regime reproduzieren, lediglich mit neuer Fassade. Zweitens ist ein Programm zur Vereinigung der arabischen linken Kräfte notwendig, um den Aktivitäten der US-amerikanischen Imperialisten und der zionistischen Besatzung und den zionistischen Angriffen unter dem Banner von tatsächlichem und spürbarem Wandel etwas wirksam entgegen zu setzen.“ (Zitiert nach, www.kommunisten.de)

Mit den derzeitigen Angriffen auf Libyen soll dem wohl auch gegengesteuert und Druck ausgeübt werden.

Die – vom UN-Sicherheitsrat am 17. März mit der Resolution 1973 sanktionierte - gemeinsame **Aktion einiger NATO-Staaten mit den USA an der Spitze in Libyen** bewegt uns in diesen Tagen in besonderer Weise. Der UN-Sicherheitsrat hat zuvor im Interesse der imperialistischen Hauptmächte entschieden und die eigene UN-Charta (Artikel 2, Absatz 7) und Völkerrecht verletzt. Entsprechend Artikel 2, Absatz 7 kann aus der Charta eine Befugnis der UNO zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, nicht abgeleitet werden.

In diesem Zusammenhang ist uns unverständlich, warum Südafrika der Resolution zustimmte, China und Russland sich enthielten und ihr Vetorecht nicht nutzten.

Die imperialistische Hauptländer sind auf dem Weg, das Völkerrecht auszuhebeln und sich das „Recht“ auf Intervention in die inneren Angelegenheiten zu nehmen wieder einen Schritt weiter gekommen.

Es ist die größte Kriegsaktion seit der Annektion des Irak. Jene, die heute über Libyen herfallen, haben nicht gegen massive Verletzungen von politischen Grundrechten in Saudi-Arabien protestiert. Auch nicht gegen die blutige Niederschlagung der Proteste in Bahrain durch saudisches Militär. Und gegen Mubaraks oder Ben Alis Unterdrückung ist man niemals in den letzten Jahrzehnten vorgegangen.

Zu Beginn der Angriffe gegen Libyen erklärte vor einer Woche US-Präsident Obama, das libysche Volk müsse „beschützt werden“. Das Volk? Oder jene Stammesführer, die die Einnahmen aus dem Öllexport nicht mehr mit Gaddafi teilen wollen? Oder jene Aufständischen, die die Fahne der Monarchie schwenken?

Und wovor soll das „Volk“ geschützt werden? Soll das „Volk“ vor der besseren sozialen Lage im Land im Vergleich zu den Nachbarländern – trotz hoher Arbeitslosigkeit - geschützt werden? Oder vor der Politik Gaddafis, der immerhin nach wie vor die nationalen Ressourcen vor dem Zugriff der großen Monopole zu schützen versucht?

Lange haben Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, die USA ihn nicht nur toleriert, sondern seit vielen Jahren mit ihm zunehmend Geschäfte abgewickelt. Seit über einem Jahrzehnt hatte der, der einst einen „arabischen Sozialismus“ propagierte, auch seinen Frieden mit den USA gemacht. Sie haben ihm wie dem Diktator Ben Ali in Tunesien Geld gegeben, Menschen mit Gewalt davon abzuhalten über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Deshalb geht es jetzt gewiss nicht gegen die Korruption des Gaddafi-Clans.

Man will angeblich die Zivilbevölkerung schützen und bombardiert das Land, mischt sich mit Gewalt in die inneren Angelegenheiten Libyens ein. Schon in den ersten Stunden wurde klar, dass die Durchsetzung einer Flugverbotszone letztlich nicht ohne massive Eingriffe am Boden gelingen kann.

Ganz offensichtlich soll ein Marionettenregime etabliert werden, das den Zugriff des Kapitals auf das Libysche Öl und Erdgas sichert. Ressourcen, die die Hauptländer des Kapitals bis zur Revolution 1969 als ihr Eigentum betrachteten.

Bloomberg.com schrieb am 22. Februar, Libyen sei zwar nur der drittgrößte Erdöllieferant Afrikas, besitze aber erwiesenermaßen die größten Reserven.

Libyen hat das Potenzial für gigantische Profite für die großen Ölkonzerne. Das libysche Öl geht vor allem nach EU-Europa (etwa ein Zehntel der Gesamtlieferungen für Europa, für Deutschland waren diese im vergangenen Jahr acht von 93 Mio. Tonnen Gesamtimport 2010).

Im Blick der Konzerne sind auch die riesigen unterirdischen Süßwasserreserven des Landes.

Und man will die politische Kontrolle über die Region zurückgewinnen, die Volksbewegungen einschüchtern, den Willen zur Veränderung brechen. Dazu dient auch die Seeblockade im Mittelmeer.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Sicherheitsrat der Stimme enthalten, was gewiss begrüßenswert ist und beteiligt sich nicht direkt an der NATO-Aktion, was alles unter anderem auch der Stimmung im eigenen Land geschuldet ist. Richtig wäre eine Ablehnung gewesen.

Doch bereits kurz nach Beginn der Luftangriffe erklärte Kanzlerin Merkel bekanntlich andererseits bereits ihre Solidarität mit den an den Angriffen beteiligten NATO-Staaten, will die Bundeswehrtruppen in Afghanistan aufstocken, um die anderen zu „entlasten“. Die einzige richtige Konsequenz wäre gewesen: Keinerlei Beteiligung an Kriegsabenteuern, Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten folgt daraus

Erstens, dass wir sehr genau auch die kleinen Dinge des alltäglichen Lebens wahrnehmen müssen, bei denen es den Leuten nicht um die große Politik und den Wandel geht, sondern zunächst um ganz konkrete Rechte und um ein würdevolles Leben, eine lebenswerte Zukunft für sich und ihre Kinder. Auch daraus können Protest, Bewegung, Widerstand entstehen. Wir erleben das vor Ort ja immer wieder selbst.

Zweitens verweisen wir angesichts des „Menschenrechtsgeredes“ bei den Interventionen im Irak, in Afghanistan und jetzt in Libyen auf die tatsächlichen Ziele der Aggressoren, auf ihre Schritte zur Sicherung immer knapper werdender Ressourcen im Interesse des Großkapitals, auf die Erlangung geopolitischer Überlegenheit und die Wiederherstellung der eigenen Machtpositionen in der Region, die durch Volksbewegungen erschüttert wurden.

Drittens setzen wir dagegen, dass es den Herrschenden der Welt überhaupt nicht um die Verteidigung von Menschenrechten geht, denn die sozialen Grundrechte werden in diesem Zusammenhang immer bzw. immer mehr ausgeklammert. Und die politischen Rechte werden uminterpretiert, um die rigorosere Durchsetzung eigener Interessen zu rechtfertigen.

Viertens geht es um die Verstärkung der internationalen Solidarität. Dazu liegt Euch zur Diskussion und zur Verabschiedung eine Erklärung unserer Partei zur Aggression gegen Libyen vor.

In diesem Zusammenhang sei mir noch ein Hinweis gestattet. Eine Reihe von Genossinnen und Genossen habe uns die Frage gestellt, warum die DKP nicht unter der Erklärung von inzwischen etwa 60 Kommunistischen und Arbeiterparteien steht. Dazu müssen wir anmerken, dass wir den Entwurf der Erklärung nie erhalten haben, sondern erst nach der Veröffentlichung davon erfuhren, mittlerweile aber unterschrieben haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Uns bewegen zudem nach wie vor die Ereignisse in Japan, die bei uns im Lande zu neuen Auseinandersetzungen um die Atompolitik der Regierung im Interesse der großen Stromkonzerne und zum entschiedenen Widerstand vieler Menschen führen, die sich den Protesten der Anti-AKW-Bewegung anschließen. Heute finden Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Köln und München unter der Losung „Fukushima heißt: Alle AKWs abschalten!“ statt.

Aus Wut wird Mut.

Unser Platz ist in dieser Bewegung. Der Termin unserer Parteivorstandstagung konnte nicht verschoben werden, weil wir in der gegenwärtigen politischen Situation eine gemeinsame Beratung und Einschätzung brauchen und auch wegen der nötigen Beratungen zur Vorbereitung unseres Pressefestes.

Unter dem Zeichen des Protestes gegen Atomwaffen und Kernkraftwerke werden jedoch auch die Ostermärsche in diesem Jahr stehen, zu deren Erfolg wir in den nächsten Tagen und Wochen mit beitragen wollen. Unterstützt deshalb die Ostermarschaufrufe wie beispielsweise den gemeinsamen Aufruf der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung aus Frankfurt a. M. zum Ostermarsch „Eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke“. Sorgt für Verbreitung! Werbt für die Aktionen der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die nukleare Katastrophe in Japan ist – das wird immer deutlicher - nicht allein Folge einer Naturkatastrophe. Wissenschaftler haben seit vielen Jahren erklärt, dass in dieser und anderen Regionen der Welt verheerende Erdbeben drohen. Die Vorhersage hat sich – zunächst nur für Japan – bestätigt.

Die Anforderungen an die Erdbebensicherheit aller japanischen Atomkraftwerke reichten und reichen nicht aus. Das hätte für Betreiber und Staat zusätzliche Kosten bedeutet, die Profite gemindert. Ist das in anderen Ländern – beispielsweise in den USA – anders?

Die Kernenergiegewinnung ist jedoch nicht nur wegen möglicher Naturkatastrophen technologisch nicht beherrschbar. Das zeigen Störfälle weltweit, die unterschiedliche Ursachen haben. Eine der wichtigsten Ursache für Störfälle und Katastrophe ist gewiss nach wie vor das Profitstreben der Produzenten von Reaktoren (in diesem Fall die US-Firma Westinghouse) sowie der Betreiber (in diesem Fall TEPCO). TEPCO musste inzwischen zugeben, die Reaktoren in Fukushima 1 nicht ausreichend gewartet und geprüft zu haben. Die Firma, der größte Energiekonzern Japans, ist dafür bekannt. Wir haben darüber auch in der UZ berichtet. Und hier wie bei den anderen Atommeilern weltweit geht es nicht um „Peanuts“ oder vorübergehende Zerstörungen: Über Jahrhunderte, ja Jahrtausende bleiben durch die Strahlung tödliche Gefahren für Mensch und Umwelt.

Viele Jahre lang behaupteten Regierungen in aller Welt, Kernenergie sei völlig sicher. Und sie sei notwendig, weil man ansonsten den wachsenden Energiebedarf der Menschheit und vor allem der Unternehmen nicht befriedigen könne. Störfälle wurden selten bekannt, die Auswirkungen blieben meist lokal beschränkt.

Am 28. März 1979 ereignete sich jedoch ein schwerer Nuklearunfall im Kernkraftwerk bei Harrisburg, USA. Es kam zu einer partiellen Kernschmelze - und zu Protesten im Land sowie in Europa, zur Formierung einer breiteren Anti-AKW-Bewegung. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksamer.

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 zeigte vielen Zweiflern, dass die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Einschätzungen und Aktionen Recht hatte. Die Betreiber von Kernkraftwerken in den USA, in Westeuropa und der Bundesrepublik, nutzten die Situation aber auch, um von Störfällen und der Unsicherheit der eigenen Atommeiler abzulenken. Bis zum heutigen Tag wird behauptet: Das war ja nur die marode Technik der Sowjets, das ist bei uns nicht möglich.

Man begann von „verbleibenden Restrisiko“, das aber beherrschbar sei, zu reden.

„Restrisiko“? Dieses Gerede sollte abwiegeln, tatsächliche Gefahren klein reden, davon ablenken, dass auch ein solches „Restrisiko“ zu tödlichen Wirkungen führen kann und deshalb nicht zu akzeptieren ist.

Jahre später, mit der Erkenntnis, dass ein Klimawandel droht, kam die Mär hinzu, die offenbar auch Kanzlerin Merkel bevorzugt: Die CO₂-freie Kernenergiegewinnung sei eine „Brückentechnologie“, die in das „Ökoenergie-Zeitalter“ führe. Und zwei Tage nach Erdbeben und Tsunami in Japan – als längst bekannt war, dass es zu einer nuklearen Katastrophe kommen kann – erklärte sie noch, ganz im Sinne des Deals, den die Bundesregierung im Herbst 2010 mit den großen Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung deutscher AKWs geschlossen hatte: „Ich kann heute nicht erkennen, dass unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind. Sonst müsste ich sie ja mit meinem Amtseid sofort abschalten.“

Nur wenige Stunden später folgten eine Kehrtwende. Die Bundesregierung lenkte ein. Scheinbar. Wohl aufgrund wachsender Empörung im Land. Viele Menschen reagieren mit Entsetzen auf die japanische Tragödie, zu der jetzt soziales Elend kommt, und sie reagieren mit Ablehnung auf die Rechtfertigung der Atomenergiepolitik durch die Bundesregierung.

Deshalb und wegen der bevorstehenden Landtagswahlen vor allem auch an diesem Wochenende in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz diese Kursänderung.

Auf einer nicht-öffentlichen Sitzung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), an der Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle als Gast teilnahm, erklärte er bekanntlich, dass angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen Druck auf der Politik laste und die Entscheidungen daher nicht immer rational seien.

Ein Moratorium wurde von Kanzlerin Merkel just an jenem Tag vorgeschlagen, an dem die BDI-Sitzung stattfand. Danach ist plötzlich Kernenergiegewinnung doch nicht so sicher wie immer behauptet. Sicherheitsüberprüfungen sollen stattfinden, sieben Kraftwerke werden zeitweilig abgeschaltet. Der Deal mit den großen AKW-Betreibern, denen das Moratorium nicht passt und die dagegen rechtliche Schritte einleiten wollen, ist jedoch nicht in Frage gestellt. Wer dies glaubt, hat vergessen, wer im Land tatsächlich die Macht hat.

Möglicherweise spielt auch die Überlegung eine Rolle, dass man nach einer Reihe von Skandalen (zuletzt Guttenberg und das E10-Desaster), nur so die Regierungskoalition bis zu den nächsten Bundestagswahlen retten kann: Ein durchsichtiges und allein taktisches Manöver. Diese Bundesregierung wird ihre Atompolitik nicht ändern, wenn nicht vor allen die außerparlamentarische Bewegung massiv an Kraft gewinnt und Druck ausübt. Es geht um das Leben und die Zukunft.

Deshalb die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und nach Abschaltung aller AKW.

Doch die Forderung allein wird aus Sicht der DKP nicht ausreichen, wenn nicht die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden.

Derzeit wird übrigens in einigen Kommentaren bürgerlicher Medien behauptet, dass sich mit dem GAU in Tschernobyl schon das Ende des Sowjetsozialismus angekündigt habe. Folgt man dieser Argumentation, dann kündigt sich in Japan gerade das Ende des Kapitalismus an. Zeit wäre es, denn der ist schon lange „überreif“.

Die Folgen der Zerstörungen in Japan sind auch ökonomisch noch nicht absehbar. Der Ausfall vieler Produktionsstätten hat aufgrund der weltweiten Vernetzung der Produktion nicht nur für die japanische Ökonomie Bedeutung, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt. Es kommt bereits zu ersten Produktionseinschränkungen in Europa und den USA.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn die DKP heute für die sofortige Abschaltung der AKW im Land wie weltweit eintritt, dann müssen wir jetzt auch daran erinnern, dass dies für die Partei ein schwieriger Weg der Erkenntnis war.

Noch im Mannheimer Programm der DKP von 1978 wurde die Nutzung der Kernkraft grundsätzlich bejaht. Lange Zeit galt es in unserer Partei, wie Gerd Deumlich 1993 in seinem Beitrag „Buchstäblich eine Kernfrage“ für das Buch „25 Jahre DKP. Eine Geschichte ohne Ende“ schrieb, als gesicherte Erkenntnis, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie ein „starkes Stück Menschheitsfortschritt“ bedeutet.

Es war in diesem Zusammenhang völlig richtig, Profitstreben anzuprangern und das ist es noch heute. Doch Erkennbarkeit und Beherrschbarkeit von Naturprozessen fallen, wie Gerd damals völlig richtig schrieb, nicht zusammen.

Zudem folgen Technik und Technologie eben auch anderen, eigenen Gesetzen, deren Eigenständigkeit im Vergleich zu Natur- und Gesellschaftsgesetzen auch in der marxistischen Diskussion lange umstritten war. Aber ein Stromkreis brennt nun mal auch unter sozialistischen Bedingungen durchaus nicht „vorausgeplant“ durch. Und auch unter sozialistischen Bedingungen versagen Menschen manchmal in komplexen Entscheidungssituationen und unter großem Zeitdruck.

Es mussten wohl erst die Ereignisse von Tschernobyl passieren, in einem Land von dem man – wie Gerd Deumlich schrieb – „überzeugt war, dass dort das gebändigte Atom in guten Händen ist“ (siehe ebenda, S. 102), um solche und andere Probleme zu erkennen.

Er macht in diesem Aufsatz darauf aufmerksam, dass dann im Juni 1986 in einer Entschließung des Parteivorstandes aufgrund der Auseinandersetzungen um die Ereignisse in Tschernobyl verlangt wurde, es müssten weltweit und in der BRD „verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte Übergangslösung so schnell wie möglich verzichten zu können.“ Der 9. Parteitag forderte schließlich im Jahr 1989 „den weltweiten Aus-

stieg, und für unser Land den sofortigen Ausstieg.“ Das ist die Position, die sich die Partei schwer erarbeiten musste, in der Irrtümer erkannt wurden und eine Korrektur bisheriger Vorstellungen erfolgt.

Gerd verweist darauf, dass das eine eigenständige Entscheidung der DKP war, „eine gravierende Neuerung in ihrer antimonopolistischen Politik wie in ihren Vorstellungen über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt“.

Die Erkenntnis war also: Wissenschaftlich-technische Entwicklungen sind vor allem dann nicht akzeptabel, wenn sie human nicht vertretbar sind, wenn sie die Existenz von Mensch und Natur bedrohen. - Im Kleinen wie auch im Großen.

Das klingt heute alles selbstverständlich. War es wohl aber lange überhaupt nicht.

Die Forderung in der gegenwärtigen Situation ist für uns klar: Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten! Weltweit. Enteignung der Energiekonzerne, Überführung in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Entscheidung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

warum bin ich auf die letzte Frage so ausführlich eingegangen? Ist uns das alles nicht schon lange bewusst? Auch dass man aus eigenen Fehlern lernen und damit offen umgehen muss, wie Lenin im „Linken Radikalismus“ vor fast 91 Jahren forderte?

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

Ich setze hier einen Punkt. Die Kommunistinnen und Kommunisten mussten in vielen Fragen lernen und Schlussfolgerungen ziehen: So im Zusammenhang mit der Geschichte unserer Bewegung, der Einschätzung der Ursachen der Niederlage des Sozialismus, aber auch der Einschätzung der Stalinzeit. In der DKP wurde dazu schon vor 1989, aber vor allem in den letzten 20 Jahren intensiv diskutiert. Unser Parteiprogramm spiegelt diese Lehren und Schlussfolgerungen wider. Hinter die Aussagen unseres Programms dürfen wir nicht zurückgehen.

Lasst uns über diese Aussage Lenins im Zusammenhang mit den Antragsdebatten am heutigen und morgigen Tag noch einmal nachdenken. Und lasst uns darüber auch in Vorbereitung auf die theoretische Konferenz der DKP weiter diskutieren.

Aufgrund der Debatte auf der 2. Parteivorstandstagung liegt Euch heute ein präzisierter Vorschlag für die Vorbereitung dieser Konferenz vor, der auch ein Artikelkonzept beinhaltet. Möglichst viele Genossinnen und Genossen, die unterschiedliche Positionen vertreten, sollten in der UZ zu Wort kommen. Es wäre gut, wenn die Unterschiede deutlich würden.

Die Debatte darf jedoch nicht zu Skandalisierungen der jeweils anderen Position genutzt werden. Ein solches Herangehen finde ich unerträglich. Vor allem dann, wenn nicht mit den Genossinnen und Genossen selbst geredet wird und zudem im Internet der Vorwurf breit verbreitet wird, sie würden sich fern der Programmaussagen bewegen.

Ich kann nur dringend bitten endlich mit Skandalisierungen aller Art aufzuhören und – dem Auftrag des Parteitages entsprechend - sachlich, mit Respekt vor dem Anderen und sachbezogen zu diskutieren. Es gibt keinen anderen Weg. Aber auch Provokationen jeder Art sind wohl kaum als Mittel der Auseinandersetzungen in einer kommunistischen Partei geeignet.

Auch dann ist sicher lange nicht geklärt, ob wir in der Partei zu inhaltlichen Klärungen kommen. Wir müssen es versuchen. Daran geht kein Weg vorbei.

Wenn Ihr dem Euch vorliegenden Beschlussentwurf für die Vorbereitung der theoretischen Konferenz zustimmt, der versucht dem Wunsch zu entsprechen, die Diskussionsfelder einzugrenzen, sollten dann in einem nächsten Schritt auch Autoren vorgeschlagen werden.

Es gibt sicher einige Unwägbarkeiten bei der Vorbereitung dieser Konferenz. Auch weil uns derzeit sicher auch die Beantwortung einiger anderen theoretischer Fragen möglicherweise viel wichtiger erscheint.

Ich will hier nur die folgenden nennen:

Dabei geht es aktuell beispielsweise unter anderem

- um die **Rolle der Volksmassen in der Geschichte** unter heutigen konkreten Bedingungen, um neue Formen der Organisation von Herrschaft und Herrschaftssicherung. Veränderungen vollziehen sich derzeit gerade in Ländern der Peripherie, noch nicht in Hauptländern des Kapitals – trotz der Millionenproteste in Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien. Und diese Veränderung haben das Kapital und seine politischer Vertreter – denken wir an die Reaktionen auf die Umbrüche in Tunesien und Ägypten - so zunächst gewiss nicht erwartet.

Und wir erleben, dass auch hierzulande Aktivitäten zunehmen. Bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen, in der Anti-AKW-Bewegung, bei Stuttgart 21, bei antifaschistischen Aktionen usw. usf. Und dabei sind durchaus Teilerfolge möglich;

- um das **Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit** unter Bedingungen geringer oder wie in Libyen weitgehend fehlender gewerkschaftlicher Organisation der Klasse und zugleich meist fehlenden oder geringen Einflusses der Linken. Für uns ist wichtig zu verstehen, wie sich unter solchen Bedingungen die progressiven Kräfte formieren. Was kann man daraus auch in den entwickelteren kapitalistischen Industrieländern lernen? Und wie ist unter solchen Bedingungen eigentlich ein Weg zu sozialem und demokratischem Fortschritt möglich?
- um die eigentlich lange im Marxismus geklärte Frage, dass **Revolutionen** eben nicht nur Augenblicksereignisse und auf einzelne Aktionen reduzierbar sind, sondern dass es sich bei Revolutionen in der Geschichte um **langfristige Prozesse** handelt, deren Qualität und Umfang man – wie die eigentlichen Umbruchereignisse - erst in der Rückschau voll erfassen kann. Daran müssen wir offenbar wieder erinnern;
- aber auch um eine **weitere Präzisierung der marxistischen Position zur Technik- und Technologieentwicklung und zur Risikoproblematik** angesichts der Ereignisse in Japan und des zeitweiligen Atom-Moratoriums im eigenen Land.

Und wir müssen uns auch mit einer Reihe von weiteren Fragen beschäftigen. Wir erleben derzeit konkret, dass sich eine Reihe von Krisenprozessen überlagern, sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. Die Aussage der „Politischen Resolution“ des 19. Parteitagess über die Verflechtung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit verschiedenen weiteren Krisenprozessen bewahrheitet sich derzeit in besonderer Weise.

Wir sollten nun die Konferenz vorbereiten, dürfen aber andere wichtige Fragen, die gleichfalls praktisch-politische und theoretische Bedeutung haben zugleich nicht vernachlässigen.

Also, liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben am heutigen Tag und morgen auf unserer Parteivorstandstagung ein großes Arbeitspensum vor uns. Wir müssen entsprechende politische Folgerungen ziehen, die nächsten politischen Aktionen planen und in der Vorbereitung des UZ-Pressfestes jetzt Pflöcke setzen.

Wir müssen auch das Konzept der für Ende Oktober geplanten theoretischen Konferenz diskutieren und beschließen, um zunächst eine gute und damit klärende Diskussion zu initiieren und dann auf der Konferenz eine erste Bilanz zu ziehen.

Es haben sich – wie die vorliegenden Anträge zeigen – zudem eine Reihe von Problemen angesammelt, über die wir uns in Ruhe und sorgfältig verständigen sollten.

Es gibt zudem Irritationen über unsere Arbeitsweise. Welche Rechte hat nun das Sekretariat, welche nicht? Ist es zudem möglich, vorhergehende Beschlüsse des Parteivorstandes – wie die unserer 1. Tagung oder jetzt der 2. Tagung - im Parteivorstand ständig in Frage zu stellen?

Wir sollten über unseren theoretischen Streit und dem Streit über Verfahrensfragen, den Meinungsunterschieden in der Partei jedoch nicht vergessen – und damit kehre ich zu meinen Eingangsüberlegungen zurück – aktiv zu sein, politisch einzugreifen: Die Verhältnisse sind in Bewegung geraten. Und wer sich jetzt nicht bewegt, aktiv ist, die richtigen Folgerungen zieht, wird den realen politischen Herausforderungen nicht gerecht.

Die DKP ist in Bewegung. Unsere Mitglieder der DKP beteiligen sich heute an den Anti-AKW-Demonstrationen, wie wir zuvor in Hamburg bzw. Schleswig-Holstein, in Berlin, im Wendland beteiligt waren. Zu den aktuellen Ereignissen liegt Bettinas Presseerklärung vom 13. März vor, damit haben sich diverse Artikel in der UZ beschäftigt, gibt es ein zentrales Plakat.

Genossinnen und Genossen sind weiter aktiv bei den Aktionen um Stuttgart 21. Die DKP ist aktiv beteiligt an antifaschistischen Blockaden wie heute in Lübeck.

Die Ostermärsche werden vorbereitet und der 1. Mai.

Wir sollten uns verstärkt in den nächsten Wochen einbringen in die betrieblichen Auseinandersetzungen wie beispielsweise gegen den Arbeitsplatzabbau bei Opel Bochum, bei Alstom Salzgitter und anderen Betrieben, und uns einbringen in die laufenden wie bevorstehenden Tarifausschreitungen!

3. Tagung des Parteivorstands der DKP

26./27. März 2011, Essen

17. Fest der Solidarität - Pressefest der UZ

Patrik Köbele, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

noch 89 Tage, dann startet unser UZ-Pressefest, das Fest der DKP. In allen Bezirken laufen die Vorbereitungen, wir sind etwas spät dran, aber nicht zu spät.

Es bewegen sich Dinge im Land, manches noch zu schwach, wie der Aufschrei gegen den imperialistischen Krieg in Libyen, manches Fahrt aufnehmend, wie die Bewegung gegen die Atomenergie und die Atomkonzerne, manches ungebrochen, wie Stuttgart 21, trotz Medienblockade und versuchter Einbindung durch die Geisler-Schlichtung, manches erfolgversprechend, wie der Kampf gegen eine neue Transitautobahn mitten durch das Ruhrgebiet.

Widerstand in Bewegung und die DKP mittendrin, das soll das erste Markenzeichen unseres Pressefestes werden. Das anerkanntermaßen größte Fest der Linken in der Bundesrepublik soll ein Treffpunkt all dieser Widerständigen werden. Der Widerständige aus dem Wendland, die Friedensaktivistin, die, die in Stuttgart auf die Straße gehen, die Bürgerinitiativen gegen die Transitautobahn, sie alle wollen wir als Teilnehmer für unser Pressefest gewinnen.

Mit ihnen wollen wir feiern, mit ihnen wollen wir diskutieren und streiten, ihnen wollen wir DKP im Original zeigen.

DKP im Original, das heißt, beim gemeinsamen Feiern gemeinsame Kraft tanken, um mit dem Pressefest Kraft zu tanken für kommende Kämpfe. DKP im Original, das heißt, in Gesprächen und Diskussionen unsere Positionen aufzuzeigen, zu verdeutlichen, dass hinter den vielen Einzelwidersprüchen, die zu Wutbürgern führen, ein Grundwiderspruch steht, der alles durchzieht und nicht nur unser Land spaltet, der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, das Profitprinzip.

Gewinnen wollen wir die Gewerkschafterin, den Gewerkschafter, der mit viel Engagement den heißen Herbst vorbereitet hat und sich darüber wundert, dass es doch leider nur ein lauwärmer wurde. Hier spielt auch der internationalistische Charakter unseres Festes eine wichtige Rolle. Internationalismus, das ist unsere Antwort auf die Standortlogik, die es immer wieder zulässt, dass das Bewusstsein vor allem der Arbeiterklasse noch nicht die notwendigen Antworten auf das Abwälzen der Krisenlasten zulässt und oft genug dazu missbraucht wird, Teile der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen, sei es auf Ebene von Standorten, Branchen oder im internationalen Maßstab.

Gewinnen wollen wir die Jugend, die in der Bildungstreikbewegung auf der Straße war und sich nicht damit abfinden will, dass ihre Bildung und Ausbildung immer mehr den Profitverwertungsinteressen der Herrschenden unterworfen wird, die sagt: Bundeswehr raus aus unseren Schulen.

Darum wollen wir auch einen aktiven Jugendbeitrag. Hier wird das Zelt der SDAJ sicher der zentrale Punkt. Wir sind froh, dass die SDAJ aktiv in die Vorbereitung des Pressefestes eingestiegen ist und wollen umgekehrt der SDAJ helfen, einen attraktiven Beitrag mit einem ausstrahlenden Programm auf die Beine zu stellen. Es wäre toll und sollte unser Ziel sein, damit mehr Jugendliche als Teilnehmer und Teilnehmerinnen unseres Pressefestes zu gewinnen. Erst recht hoffen wir natürlich mit der SDAJ darauf, dass beim traditionellen Arbeiterliederabend wieder eine Reihe neuer Mitglieder der SDAJ zu begrüßen sind.

Wir laden diejenigen ein, die gegen Nazis auf die Straße gehen und in Dresden erfolgreich blockierten – und damit ist unser Pressefest auch lokal ein klares Signal, dass Dortmund nicht die Stadt der Nazis ist. Das ist gerade auch im Umfeld des Pressefestes wichtig, denn gerade Dortmund-Dorstfeld, nahe an unserem Pressefestgelände, ist immer noch eine Hochburg dieser braunen Brut.

Mit dem Pressefest wenden wir uns an die Menschen in der Region, vor allem auch an die Menschen in Dortmund, den angrenzenden Stadtteilen. Wir wollen ein Programm gestalten, das deutlich macht, unser Pressefest ist ein Volksfest, hier ist jeder willkommen und wird für alle was geboten – nur Rassenisten und Faschisten müssen draußen bleiben; auch dafür werden wir sorgen.

Das alles wird sich niederschlagen in den vielen Ständen unserer Bezirke. Geplant sind z.B. ein wendländisches Widerstandsdorf. Die Kindereisenbahn, die getreu dem Motto des Widerstands gegen Stuttgart 21 oben bleiben wird und halt macht am Kopfbahnhof aus Baden-Württemberg. Die Planungen laufen in allen Bezirken, sie laufen bei der Partei in Dortmund und bei der SDAJ. Wir freuen uns auf unsere internationalen Gäste, wir freuen uns auf die Botschafter aus Kuba, Venezuela und Bolivien, die wahrscheinlich unser Fest besuchen wollen. Wenn alles klappt, werden wir Sie im Rahmen eines Konzertes mit Inti Illimani auf der Hauptbühne begrüßen können.

Überhaupt werden wir Internationalismus groß schreiben. In der Casa Cuba, den anderen internationalen Beiträgen werden wir Information und Diskussion mit Musik und leckerem Essen und Trinken verbinden. Wir hoffen, dass es uns gelingt, Vertreter unserer Bruderparteien aus Nordafrika als Teilnehmer zu gewinnen. Denn wir wollen die Solidarität mit ihren Kämpfen organisieren und unser Fest wird ein deutliches Nein zum imperialistischen Krieg.

Zeigen wird sich das auch in den vielen Diskussionen und dem zentralen Diskussionsprogramm des Pressefestes. Wir hoffen, dass es uns gelingt interessante und streitbare Diskussionspartner zu gewinnen. Es gibt ja auch viel zu diskutieren, in und außerhalb unserer Partei, und das wollen wir auch tun. Bei der Gestaltung des Programms sollten wir dabei allerdings auch nicht vergessen, dass es ein Volksfest ist, was wir vorbereiten.

Unser Pressefest strahlt aus. Und tatsächlich, es gibt keine Organisation in der Bundesrepublik, die ohne Kommerz und mit so geringen Finanzen in der Lage ist, solch ein Fest auf die Beine zu stellen. Das geht nur, weil hunderte von Genossinnen und Genossen, viele Freundinnen und Freunde unserer Partei und unseres Pressefestes gemeinsam, kollektiv und unentgeltlich dieses Fest organisieren. Mit dieser Ausstrahlung wollen wir werben. Getreu dem SDAJ-Lied soll unser Pressefest damit auch ein Beitrag sein, Dich höflich aufzufordern Dich bei uns einzureihen, ja wir wollen auf und in Vorbereitung des Pressefestes auch neue Abonnenten für die UZ und neue Mitglieder für die Partei gewinnen.

Was sind jetzt die wichtigsten Aufgaben, die in Vorbereitung des Pressefestes in den Gruppen, Kreisen und Bezirken anzupacken sind?

1. Geht es natürlich um die Vorfinanzierung unseres Pressefestes. Wichtigstes Mittel dafür sind die Pressefestbuttons. Es gibt Diskussionen über das neue Outfit, die Meinungen reichen von großer Zustimmung bis zu großer Kritik. Diese Diskussion sollten wir uns aber für die Auswertung vornehmen, jetzt geht es um den Verkauf. Unser Ziel ist der Verkauf von 10.000 Buttons, das sind zweitausend mehr als beim letzten Pressefest, das erfordert die Erreichung aller Ziele der Bezirke und den zusätzlichen Verkauf von 2.000 Buttons auf dem Fest selbst. Stand Freitag lagen wir bei 1.963 abgerechneten Buttons, das sind knapp 20 Prozent. Wir haben aber auch noch 6 Bezirke bzw. Landesorganisationen, die bislang noch nicht einen Button abgerechnet haben und zwei weitere Bezirke, deren abgerechnete Button man noch an einer Hand abzählen kann. Hier müssen wir einen Zahn zulegen.
2. Es geht um die Absicherung der zentralen Helferforderungen. Hier brauchen wir schnell die namentlichen Meldungen, das betrifft den Auf- und Abbau, aber auch die Durchführung des Pressefestes. Alles was wir hier nicht realisieren, wird unseren Erfolg schmälern. Fehlt der Ordner, die Ordnerin, werden andere mehr Schichten schieben müssen, denn die Sicherheit unseres Festes können wir keinesfalls gefährden. Fehlen Helfer in der Agitation, werden wir weniger Buttons verkaufen, weniger UZ verkaufen und weniger Mitglieder gewinnen. Die ersten Punkte wirken sich auf die Finanzierung aus, das letztere ist einfach nur schlecht.
3. Es geht um die Weiterarbeit an der Gestaltung der Beiträge der Bezirke, Kreise und Gruppen, die in ihrer Gesamtheit einen großen Teil der Ausstrahlung unseres Festes ausmachen. Sie sollen einladend, schön ausstrahlend und politisch sein. Sie sollen vom Leben und Eingreifen der Partei berichten und zeigen, diese kleine Partei hat ne ganze Menge drauf.

4. Und nicht zuletzt: es geht um die Gewinnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Hier orientieren wir auf eine planmäßige Herangehensweise der Gruppen. Wir wollen, dass in möglichst allen Gruppen Pläne erarbeitet und Ziele diskutiert und beschlossen werden, die beinhalten sollen
- a) ein zahlenmäßig definiertes Ziel, wie viele Mitglieder der jeweiligen Gruppe als TeilnehmerInnen für das UZ-Pressesfest gewonnen werden;
 - b) ein zahlenmäßiges (und am besten auch mit Namen versehenes) Ziel, wie viele Sympathisanten und Sympathisantinnen aus dem Umfeld der Gruppe als TeilnehmerInnen des UZ-Pressesfestes gewonnen werden.

Auf dieser Basis wollen wir dann auch darauf orientieren, in möglichst vielen Bezirken Eintrittsrunden auf dem Pressesfest zu organisieren, mit denen einzelne Bezirke in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wo haben wir im Moment noch die größten Probleme, neben den Finanzen, die immer zu unseren Problemen gehören? Es fehlt uns noch eine Leitung für das Kinderfest. Dies ist aber entscheidend für dessen Durchführung und das Kinderfest ist entscheidend für den Volksfestcharakter und dafür, dass es uns gelingt, Familien, die den Park immer besuchen, auch zum Verweilen auf unserem Fest einzuladen. Hier bitten wir alle Bezirke, noch einmal zu prüfen, ob es Genossinnen und Genossen gibt, die bereit sind, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Uns fehlen noch Fachleute, die die Verantwortung für einzelne Bereiche wie Strom, Wasser, Versorgung, Spülmobile, Zeltplatz und Bühnenbetreuung übernehmen können.

Wir bitten die Bezirke Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen um die Vorbereitung der zentralen Werbeeinsätze in Dortmund, die am 28. und 29. Mai sowie am 18. und 19. Juni stattfinden sollen. Die Genossinnen und Genossen in Dortmund haben diesmal die Sonntage mit eingeplant, um auch das Publikum im Park selbst auf unser Pressesfest hinweisen zu können.

In der Öffentlichkeitsarbeit haben wir noch Lücken, die wir derzeit mit Hochdruck angehen. Das reicht von der Homepage über Plakate und Flyer bis hin zu den Druckvorlagen für Kleinzeitungen.

Am 17. April wird die 2. Beratung der bezirklich Verantwortlichen stattfinden, dann direkt im Revierpark. Bis dahin müssen die Planungen der Bezirke insoweit abgeschlossen sein, dass wir an diesem Tag von allen Beiträgen wissen müssen, was an Zelten, Tischen, Bänken und weiterem Mobiliar benötigt wird.

Es wird also immer konkreter, und darum gilt: das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis – lasst uns ein tolles Pressesfest vorbereiten.

3. Tagung des Parteivorstands der DKP **26./27. März 2011, Essen**

Beschlüsse

der 3. Tagung des Parteivorstandes am 26./27.3.2011

Beschluss:

Die DKP und ihre internationale Politik

Stellungnahme des Parteivorstandes der DKP zu den Briefen der Kommunistischen Partei Griechenlands KKE vom 1.12.2010 und 3.1.2011

„Die DKP beteiligt sich an der weiteren Entwicklung der Diskussionsprozesse zwischen linken Parteien und Organisationen und anderen antikapitalistischen Linken. Es geht ihr darum, die Diskussion so zu führen, dass gemeinsames Handeln gefördert und nicht erschwert wird. .. Die DKP beteiligt sich an der Internationalen Formierung und Vernetzung der Gegenkräfte vor allem durch ihre Mitarbeit in der Sozialforumsbewegung und über ihre Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und linken Organisationen.“ (Programm der DKP)

Entsprechend dieser Orientierung, ihrer programmatischen Positionen und auf Basis der Beschlüsse des 18. Parteitages¹ arbeitet die DKP mit Beobachterstatus in der Partei der Europäischen Linken (EL) mit. Diese Mitarbeit basiert auf unserer Überzeugung, dass „nur durch das gemeinsame und partnerschaftliche Handeln aller linken Kräfte die neoliberale Hegemonie gebrochen und die politischen Koordinaten nach links verschoben werden können.“² Für uns ist die Partei der Europäischen Linken ein Beweis, dass linke Parteien unterschiedlicher Tradition und Identität - „sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische Linksparteien“ (Statut der EL) - in ihrer Unterschiedlichkeit und bei Wahrung ihrer Autonomie und Souveränität für ein alternatives Europa produktiv zusammenarbeiten können. Die DKP arbeitet mit Beobachterstatus in der EL mit, u.a. deswegen, weil es programmatische Unterschiede zwischen DKP und EL gibt. Die DKP versteht sich als eine der Parteien, die für eine bessere Koordinierung des antikapitalistischen Kampfes eine Brücke zwischen den Parteien, die Teil der EL sind und den außerhalb stehenden, bilden will. Gute Beziehungen zwischen den in der EL mitarbeitenden kommunistischen Parteien tragen dazu bei, die antikapitalistische Ausrichtung der EL zu verstärken.

Mit dieser Zielstellung, das gemeinsame Handeln zu fördern und „ein Netzwerk zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zu schaffen“³, beteiligen wir uns auch entsprechend unseren Möglichkeiten an bilateralen und multilateralen Konferenzen und Seminaren sowie an Arbeitsgesprächen, Parteitagungen oder anderen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien. Mit der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande (NCPN), der Kommunistischen Partei Luxemburgs und der Partei der Arbeit Belgiens finden regelmäßige Treffen statt, bei denen die Entwicklungen in der EU analysiert und Schlussfolgerungen für die praktische Politik gezogen werden.

Dabei geht die DKP von dem Grundsatz aus, dass jede kommunistische Partei ihre Politik selbstständig erarbeitet. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Gesellschaft und zugleich vor den Werktätigen aller Länder. Für die Entwicklung einer wirksamen Zusammenarbeit der kommunistischen und linken Kräfte auf internationaler Ebene kann es nach unserer Überzeugung kein Führungszentrum mehr geben. Wir treten für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Gemeinsame Positionen können nur in einem Diskussionsprozess erarbeitet werden, in dem die politischen Motive, die ideologischen Positionen, die historischen Erfahrungen und die organisatorische Selbstständigkeit aller Beteiligten respektiert werden.

Die KKE hat in ihrem Brief an die europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien⁴ anlässlich des 3. Kongresses der Partei der Europäischen Linken „die kommunistischen und Arbeiterparteien Euro-

¹ „Entsprechend unseren programmatischen Positionen wird die DKP ihren Beobachterstatus in der Europäischen Linkspartei wahrnehmen, um an den gesellschafts- und friedenspolitischen Initiativen dieser Partei mitzuwirken und eigene Überlegungen zu Initiativen bzw. Aktivitäten einzubringen.“ (18. Parteitag der DKP, 23./24. Februar 2008, Arbeitsvorhaben)

² 18. Parteitag der DKP, 23./24. Februar 2008, Aktiv für die Zusammenarbeit der Linken

³ 18. Parteitag der DKP, 23./24. Februar 2008, Zur internationalen Tätigkeit

⁴ Brief der KKE an die europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien, 1.12.2010

pas aufgerufen, die EL zu schwächen und aus dieser Partei auszutreten“⁵ Die KKE ist der Auffassung, dass die Schwächung der Partei der Europäischen Linken die Voraussetzung für eine „Stärkung der gleichberechtigten Kooperation europäischer kommunistischer und Arbeiterparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“⁶ ist, und dass es zu den Merkmalen einer kommunistischen Identität gehört, „dass die EL abgewiesen wird, dass die Mitglieds- bzw. Beobachterparteien die EL verlassen.“⁷ Diese Einstellung zu haben, ist das Recht der KKE. Wir haben eine andere und sind dennoch der Auffassung, trotzdem über eine kommunistische Identität zu verfügen. Denn für die DKP ist die Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft in der EL kein Kriterium für die kommunistische Identität. Wir haben auch eine andere Haltung gegenüber kommunistischen Parteien, als die im Beschluss des Zentralkomitees der KKE vom 19. Mai 2006 formulierte: „ .. der Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in anderen Ländern, wo die existierenden kommunistischen Parteien degeneriert sind, .. und keine revolutionäre Rolle spielen, ist eine elementare Pflicht von Kommunisten in jedem Land sowie der internationalen kommunistischen Bewegung.“⁸ Wir sind dem gegenüber der festen Überzeugung, dass jede kommunistische Partei ihre Politik selbstständig erarbeiten muss, ohne Einmischung durch eine andere Partei.

Eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit, für die sich die DKP einsetzt, wird nur möglich sein, wenn die Gleichberechtigung und Souveränität aller Parteien anerkannt und die ideologischen Differenzen nicht zum Hindernis für die politische Zusammenarbeit zu aktuellen Herausforderungen gemacht werden. Auf der Grundlage dieser Prinzipien haben die kommunistischen und linken Parteien in Lateinamerika (Foro Sao Paolo), im Mittleren Osten und jetzt auch in Afrika erfolgreiche Kooperationsformen entwickelt. Dies gilt auch für die Arbeit der Fraktion der kommunistischen und linken Parteien GUE/NGL im Europäischen Parlament.

Zu den in den beiden Briefen vorgebrachten Vorwürfen und Positionen der KKE sind wir gerne bereit, die Erfahrungen unserer Partei mit der KKE und anderen Partnern und Freunden zu teilen. Dies betrifft neben den Fragen, die die KKE direkt bezüglich der Partei der Europäischen Linken aufwirft, auch unsere Haltung zur Einheitsgewerkschaft, deren Wurzeln in den Konzentrationslagern des deutschen Faschismus und im antifaschistischen Kampf liegen. Wir Kommunisten der DKP verteidigen diese große Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung und kämpfen gleichzeitig um die Stärkung klassenautonomer Positionen innerhalb der Einheitsgewerkschaften. Wir wollen mit der KKE auch gerne unsere Erfahrungen hinsichtlich der Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Kräften und der Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften teilen. Das Gleiche gilt für unsere Einschätzungen über die Ursachen des Zusammenbruchs und Zerschlagung des Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion.

Wir sind der Überzeugung, dass diese Fragen nicht in Form von Offenen Briefen geklärt werden können, sondern des Gesprächs und der Diskussion zwischen unseren Parteien bedürfen; in einem Klima der Solidarität, der Schwesterlichkeit und der Bereitschaft des gegenseitigen Zuhörens und Verstehens. Unser stetiges Ziel sollte die Annäherung an die Wahrheit und die Stärkung unserer schwesterlichen und kommunistischen Beziehungen sein. Dabei können wir darauf aufbauen, dass die Beziehungen zwischen DKP und KKE in einer langen Tradition des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus wurzeln. So nahmen auch deutsche KommunistInnen aktiv am Partisanenkampf teil, der von der KKE geführt wurde, um die deutschen Besatzungstruppen zurückzuschlagen. Während der Zeit des Obristenregimes standen deutsche und griechische KommunistInnen in fester Solidarität zusammen. Von diesen Traditionen und engen Beziehungen ausgehend werden DKP und KKE mit Sicherheit auch in Zukunft eng zusammen arbeiten.

(21 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

⁵ Brief der KKE an die Deutsche Kommunistische Partei vom 3.1.2011

⁶ Brief der KKE an die europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien, 1.12.2010

⁷ Brief der KKE an die Deutsche Kommunistische Partei vom 3.1.2011

⁸ Resolution of the CC on aspects of the international developments, 19. Mai 2006

3. Tagung des Parteivorstands der DKP **26./27. März 2011, Essen**

Beschluss:

17. Fest der Solidarität - Pressefest der UZ

Beschluss:

Der Parteivorstand beschließt die Durchführung des
Pressefestes der UZ
dem Fest der Solidarität
vom 24.- 26. Juni 2011 im Revierpark Wischlingen in Dortmund

Mit dem Pressefest wollen wir die Ausstrahlungskraft der Partei erhöhen, damit die Voraussetzungen für unsere Stärkung verbessern. Wir wollen aktiv in die politischen Debatten und Aktivitäten mit unseren Positionen eingreifen.

Auch auf und mit dem Pressefest wollen wir einen Betrag zur Formierung des Widerstandes gegen herrschende Politik leisten. Dazu laden wir die Bewegungen ein, sich auf unserem Fest der Solidarität dar- und vorzustellen und mit uns gemeinsam zu diskutieren, Meinungen und Positionen auszutauschen, und zu feiern. Wir verstehen uns als ein Teil dieser Bewegungen.

Mit dem Pressefest wenden wir uns an die Menschen der Region, wir gestalten ein Programm das auch für alle Menschen attraktiv ist, solange es keine Rassisten, Faschisten oder Sexisten sind. Wir wollen antikommunistische Vorbehalte abbauen und Gelegenheit geben sich mit linker Politik, mit Anti-Kapitalismus, mit unseren Vorstellungen von einer besseren Welt auseinander zu setzen und mit ein Stück Kultur des Widerstandes gegen herrschende Politik zu erleben.

Internationalismus ist ein Markenzeichen unserer Pressefeste. In der Casa Cuba, in weiteren Beiträgen aus Lateinamerika, auf den Hauptbühnen verbindet sich Musik, Information, leckeres Essen und Trinken mit Solidarität also Handeln, und Haltungen. Wir laden Vertreter aus den Ländern Nordafrikas ein, wir wollen mit ihnen gemeinsam ihre Erfolge feiern, uns informieren, und über weitere Schritte zur Veränderung diskutieren.

Wir laden in die zentralen Diskussionsrunden, VertreterInnen der verschiedenen Bewegungen (Frieden, Arbeit, Ökologie, Demokratie/Antifa, Stuttgart 21, Frauen und Jugend) ein.

Das Programm für die Hauptbühnen erarbeitet die Kulturkommission in Absprache mit dem Sekretariat.

In den bezirklichen Beiträgen werden regionale Bezüge zu den verschiedenen Politikfeldern dargestellt und das Wirken der Partei in den Auseinandersetzungen vor Ort.

Im Jugendbereich wollen wir mit Unterstützung der Genossinnen und Genossen die auch in der SDAJ ihren Schwerpunkt haben einen Bereich schaffen in dem über die Politik der DKP diskutiert werden kann und zugleich die Jugendpolitischen Vorstellungen der SDAJ sowie anderer Jugendorganisationen wie Gewerkschaftsjugend und Solid zum Tragen kommen.

Das Pressefest bietet den unterschiedlichsten im Kulturbereich aktiven Menschen Raum zur Darstellung und Diskussion das betrifft auch Schriftsteller und bildende Künstler.

Die Straße der nationalen und internationalen Solidarität dient der Selbstdarstellung der vielfältigen Organisationen die in linken Bereichen und außerparlamentarischen Bewegungen tätig sind.

Das Pressefest kann in dieser Form nur als ein zentral vorbereitetes Fest organisiert werden. Das setzt voraus, dass in allen Untergliederungen zentrale Anforderungen an Helfer, Ordner, Agitatoren oder andere Beiträge ernst genommen werden. Die Vorbereitung und Durchführung des Pressefestes verlangt einen großen Kraftaufwand den wir nur leisten könne wenn die gesamte Partei bereit ist daran mitzuarbeiten.

1. Geht es natürlich um die Vorfinanzierung unseres Pressefestes. Wichtigstes Mittel dafür sind die Pressefestbuttons. Es gibt Diskussionen über das neue Outfit, die Meinungen reichen von großer Zustimmung bis zu großer Kritik. Diese Diskussion sollten wir uns aber für die Auswertung vornehmen, jetzt geht es um den Verkauf. Unser Ziel ist der Verkauf von 10.000 Buttons, das sind zweitausend mehr als beim letzten Pressefest, das erfordert die Erreichung aller Ziele der Bezirke und den zusätzlichen Verkauf von 2.000 Buttons auf dem Fest selbst. Stand Freitag lagen wir bei 1.963 abgerechneten Buttons, das sind knapp 20 Prozent. Wir haben aber auch noch 6 Bezirke bzw. Landesorganisationen, die bislang noch nicht einen Button abgerechnet haben und zwei weitere Bezirke, deren abgerechnete Button man noch

an einer Hand abzählen kann. Hier müssen wir einen Zahn zulegen.

2. Es geht um die Absicherung der zentralen Helferanforderungen. Hier brauchen wir schnell die namentlichen Meldungen, das betrifft den Auf- und Abbau, aber auch die Durchführung des Pressefestes. Alles was wir hier nicht realisieren, wird unseren Erfolg schmälern. Fehlt der Ordner, die Ordnerin, werden andere mehr Schichten schieben müssen, denn die Sicherheit unseres Festes können wir keinesfalls gefährden. Fehlen Helfer in der Agitation, werden wir weniger Buttons verkaufen, weniger UZ verkaufen und weniger Mitglieder gewinnen. Die ersten Punkte wirken sich auf die Finanzierung aus, das letztere ist einfach nur schlecht.
3. Es geht um die Weiterarbeit an der Gestaltung der Beiträge der Bezirke, Kreise und Gruppen, die in ihrer Gesamtheit einen großen Teil der Ausstrahlung unseres Festes ausmachen. Sie sollen einladend, schön ausstrahlend und politisch sein. Sie sollen vom Leben und Eingreifen der Partei berichten und zeigen, diese kleine Partei hat ne ganze Menge drauf.
4. Und nicht zuletzt: es geht um die Gewinnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Hier orientieren wir auf eine planmäßige Herangehensweise der Gruppen. Wir wollen, dass in möglichst allen Gruppen Pläne erarbeitet und Ziele diskutiert und beschlossen werden, die beinhalten
sollen
 - a. ein zahlenmäßig definiertes Ziel, wie viele Mitglieder der jeweiligen Gruppe als TeilnehmerInnen für das UZ-Pressefest gewonnen werden;
 - b. ein zahlenmäßiges (und am besten auch mit Namen versehenes) Ziel, wie viele Sympathisanten und Sympathisantinnen aus dem Umfeld der Gruppe als TeilnehmerInnen des UZ-Pressefestes gewonnen werden.

Auf dieser Basis wollen wir dann auch darauf orientieren, in möglichst vielen Bezirken Eintrittsrunden auf dem Pressefest zu organisieren, mit denen einzelne Bezirke in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht haben.

(Einstimmig)

3. Tagung des Parteivorstands der DKP **26./27. März 2011, Essen**

Beschluss:

Die Sowjetunion trug die Hauptlast

Erklärung des Parteivorstandes der DKP zum 70. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941 überfielen die Truppen des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten die Sowjetunion. Hätten sie gesiegt, wäre die Menschheit in der Barbarei versunken. Dies abgewendet zu haben, dafür schulden wir – und mit uns die ganze Welt – der Sowjetunion, die die Hauptlast im Kampf gegen den Faschismus und bei seiner Zerschlagung trug, für immer großen Dank.

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Das war 1945, nach der Befreiung vom Faschismus und dem Ende des Krieges, der erklärte Wille und Wunsch vieler Menschen in Europa. In den folgenden Jahren gingen Millionen auf die Straße: gegen Remilitarisierung, neue Aufrüstung und gegen die Atomkriegsgefahr.

Inzwischen ist Deutschland wieder im Krieg. Bundeswehr wie Truppen aus anderen EU- und NATO-Ländern sind an vielen Punkten der Welt an Kriegen beteiligt. Mit der Begründung, „Menschenrechte“ durchzusetzen oder zu verteidigen. In Wirklichkeit geht es um den Zugriff des Großkapitals auf knapper werdende Schlüssel-Ressourcen und um geostrategische Positionen. Zudem soll Widerstand gegen Unterdrückung und Armut mit militärischer Gewalt in Schach gehalten werden.

Und der Faschismus wird in EU-Europa - angesichts zunehmender ökonomischer, sozialer und politischer Widersprüche - relativiert: Beispielsweise wird der zweite Weltkrieg hierzulande in Medien wie offiziellen Ausstellungen als Folge der Verirrung eines Alleintäters und Psychopathen – Hitlers – abgetan. Die Interessen und der Anteil des deutschen Großkapitals an Krieg und Eroberung werden nach wie vor verschwiegen.

Der 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion wäre Gelegenheit, sich der historischen Wahrheit zu erinnern, d. h. welche Ziele das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf die Sowjetunion verfolgte und auch die Rolle der Industrie und Banken zu benennen. Das Datum böte Gelegenheit, auf die Verbrechen von Sicherheitspolizei, SD, der Wehrmacht und der Polizei, der SS-Truppen in den besetzten Ländern, an die Folgen der Maßnahmen der „zivilen“ Verwaltungen und der Vertreter deutscher Konzerne in den eroberten Gebieten aufmerksam zu machen. Doch das ist nicht gewollt. Auch die Kriegsverbrechen der Wehrmacht gegen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion blieben nach 1945 im Westen Deutschlands bis zum heutigen Tag weitgehend ungesühnt.

Um glaubwürdig zu erscheinen, wird Geschichte umgeschrieben. Die sozialistischen Staaten Europas – vor allem die DDR - werden von Historikern und von Politikern als Gesellschaften dargestellt, die weitaus schlimmer als der Faschismus waren. Behauptet wird zudem, in erster Linie seien die Deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung. Auch die Medien leisten dazu ihren Beitrag.

Fast folgerichtig leitete sich daraus Anfang Februar der Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ der CDU/CSU-FDP-Mehrheit im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition ab, den 5. August künftig als „Vertriebenen-Gedenktag“ zu begehen. Die Bundesregierung will dies jetzt „prüfen“. Ausdrücklich berufen sich die Initiatoren des Antrags auf die 1950 verabschiedete „Charta der Heimatvertriebenen“, ein Machwerk, das unter Federführung alter Nazis entstand. Kein Wort stand darin zum „Generalplan Ost“, zum Massenmord an den europäischen Juden, zu den Morden an den Sinti und Roma.

Zudem darf in der Bundesrepublik von neofaschistischen, revanchistischen und anderen geschichtsrevisionsistischen Kräften weiter die Lüge vom „Präventivkrieg“ verbreitet werden. immer wieder wird behauptet, Hitlerdeutschland sei „nur einem Angriff der Sowjetunion“ zuvorgekommen.

△

Den Überfall auf die Sowjetunion rechtfertigte Hitler in einem Aufruf an die „Soldaten der Ostfront“ vom 22. Juni als „vorbeugende Militäraktion“, um angebliche Absichten der Roten Armee zu durchkreuzen, das Deutsche Reich zu überfallen. „Absichten“, die es nie gab.

Die herrschenden Kreise des faschistischen Deutschlands - Großkapital, Politik und Militär – wollten diesen Krieg gegen das erste sozialistische Land der Welt. Und sie bereiteten ihn lange und gründlich

vor. Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte im Interesse von Industrie und Banken im Zuge einer Neuaufteilung der Welt unter deutscher Vorherrschaft erobert, der Zugriff auf die gewaltigen natürlichen Ressourcen des Landes (Weizen, Kohle, Erdöl, Eisenerz usw.) und Produktionskapazitäten gesichert, neuer „Lebensraum im Osten“ erobert werden. Geplant war deshalb zudem – das wurde durch den 1942 beschlossenen „Generalplan Ost“ „präzisiert“ - die Versklavung und Vertreibung der in den eroberten Gebieten lebenden Menschen. Der Tod von Millionen wurde geplant.

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die „Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa“. Darin wurde befohlen: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben, mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen ... Vorbereitungen sind ... bis zum 15.5.41 abzuschließen.“

Bereits die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland“ vom 19. Mai 1941 forderten von der Wehrmacht zudem „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“. In den „Richtlinien für die Behandlung der politischen Kommissare“ vom 6. Juni 1941 („Kommissarsbefehl“) wurde der Wehrmacht befohlen, die politischen Kommissare in den sowjetischen Truppen „grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen“. Ähnlich lauteten die „Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen“ von 16. Juni 1941. Reinhard Heydrich befahl als Leiter des Reichssicherheitshauptamts am 2. Juli höheren SS- und Polizeiführern: „Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen.“

Das verweist darauf, dass es nicht nur um die Eroberung des Landes und den Zugriff auf seine Ressourcen ging. Ziel war zudem die Vernichtung der Sowjetmacht und ihrer Vertreter, die Zerstörung des Zentrums der internationalen kommunistischen Bewegung.

Der „Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa“ vom 13. Mai 1941 „befreite“ zudem alle Wehrmachtsangehörigen von Bindungen an Völkerrechtsnormen. Und die Wehrmacht hauste in den besetzten Gebieten gegen die Zivilbevölkerung nicht weniger verbrecherisch als Polizeieinheiten, Gestapo, Sicherheitspolizei, SD und SS.

Hochgerüstet, militärisch und ideologisch bestens vorbereitet sowie kriegserfahren und motiviert durch Eroberungen in West-, Nord- und Südosteuropa, überschritten am frühen Morgen des 22. Juni 1941 – trotz des zwischen dem faschistischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 geschlossenen Nichtsangriffspaktes – die Truppen Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten Finnland, Italien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn auf breiter Front die sowjetische Westgrenze. Sie begannen einen barbarischen Vernichtungskrieg, dem über 27 Millionen Sowjetbürger zum Opfer fielen, in dem weite Teile des Landes verwüstet wurden. Sie hinterließen eine Spur des Todes und der Vernichtung. Dieser Überfall bedeutete jedoch auch den Anfang vom Ende der faschistischen Herrschaft über Europa.

Fast fünf Millionen Soldaten – 190 Divisionen mit 47 000 Geschützen, 4 300 Panzern und etwa 5 000 Kampfflugzeugen - setzten die Aggressoren am 22. Juni ein. Bereits in den ersten Stunden und Tagen drangen die faschistischen Truppen weit in das Landesinnere vor, zerstörten sowjetische Verteidigungsstellungen, Flugzeuge. Sie hofften auf einen schnellen Sieg, denn der faschistischen Rüstungsindustrie und dem deutschen Generalstab standen zur Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf die UdSSR Rohstoffe, Industrieanlagen, Arbeitskräfte nahezu ganz Europas zur Verfügung.

Das „Unternehmen Barbarossa“ kostete bereits in den ersten Kriegsmonaten Millionen die Freiheit oder gar das Leben. Die Rote Armee verlor bis Ende 1941 4,473 Millionen an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Das waren etwa 92 Prozent der im Juni 1941 bereitstehenden Truppen. Die Hauptkräfte der Roten Armee wurden zunächst zerschlagen, aber nicht kampfunfähig. Im Gegenteil. Die Anfangserfolge der faschistischen Truppen wurden auch durch politische und militärische Fehleinschätzungen sowie falsche strategische Entscheidungen unter der Führung Stalins möglich, der dafür die Hauptverantwortung trug.

Massive Repressalien zwischen 1937 und 1939 gegen Teile des Offizierkorps, speziell gegen die unmittelbare Führung der Roten Armee, hatten die Streitkräfte gravierend geschwächt.

Zur Situation in den ersten Kriegsmonaten trug wesentlich die Hoffnung bei, das faschistische Deutschland würde den im August 1939 mit der UdSSR geschlossenen Nichtangriffspakt einhalten, man habe mehr Zeit. Zudem wurden konkrete Hinweise (u. a. durch Richard Sorge) auf den Termin des Überfalls ignoriert.

Dadurch wurde die Mobilisierung der Armee und die Wirksamkeit der Abwehrkämpfe der ersten Kriegsmonate erheblich beeinträchtigt. Viele Offiziere mussten ihr Handwerk im Kampf lernen. Die schon vor dem Krieg eingeleitete Modernisierung kam zu spät um den Feind früh aufzuhalten.

Der Widerstand nahm – trotz der Raumeroberungen der faschistischen Wehrmacht, der sowjetischen Verluste an Gefallenen und Kriegsgefangenen, der Zerstörungen und des Terrors - Tag für Tag zu. Die sowjetischen Truppen formierten sich. Sie leisteten wie die Partisanen in den Wäldern und viele Illegale in den Städten zunehmend entschieden und organisiert Widerstand: So bei der Verteidigung von Odessa von August bis Oktober 1941, die die Erreichung der Blitzkriegsziele im Süden verhinderte, bei der Verteidigung Sewastopols (Oktober 1941 bis Juli 1942), Leningrads (vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944) und vor allem Moskaus. Auch deutsche Kommunistinnen und Kommunisten standen an der Seite der Sowjetunion: im illegalen Kampf, als Partisanen, an den Fronten.

Am 5. Dezember 1941 begannen vor Moskau die sowjetischen Truppen – unter ihnen Arbeiterbataillone - zum ersten Mal in diesem Krieg eine groß angelegte Gegenoffensive. Die deutschen Truppen mussten sich zurückziehen.

Die entscheidenden Schlachten, die die Wende in diesem Krieg brachten, fanden in Stalingrad (August/September 1942 bis Anfang März 43) und im Kursker Bogen (5. bis 16. Juli 1943) statt. Die faschistischen Truppen wurden geschlagen.

Zu den großartigen Leistungen der ersten Kriegsmonate gehörte auch, dass ganze Fabriken in gewaltiger Anstrengung in das sowjetische Hinterland transportiert wurden und – oft ehe neue Werkhallen und Unterkünfte standen – ihre Produktion wieder aufnahmen.

Durch kaum vorstellbare Anstrengung der an der Front und im Hinterland des Feindes Kämpfenden, der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten, des ganzen Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei, wurde Geschichte gemacht: Die Sowjetunion trug nicht nur die Hauptlast beim Kampf gegen den Faschismus. Sie befreite nicht nur das eigene Land, sondern 1944 und 1945 zudem den größten Teil Europas vom faschistischen Joch.

Diese großen Leistungen des sowjetischen Volkes und seiner Armee dürfen niemals vergessen werden.



In der Bundesrepublik ist Antikommunismus seit Jahrzehnten Staatsräson. Vor allem in den osteuropäischen EU-Ländern wird der Antikommunismus heute gefördert – unterstützt von einer Mehrheit im europäischen Parlament –, um alle Erinnerungen an den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Barbarei, gegen den Faschismus und den Anteil der Kommunistinnen und Kommunisten daran zu tilgen. Zugleich wird das Engagement von Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich heute reaktionären Entwicklungen und Nazi-Aufmärschen entgegenstellen, diskreditiert oder kriminalisiert.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden jedoch weiter offensiv gegen Geschichtsfälschung eintreten! Wir stehen ein für die Verbreitung der historischen Wahrheit, gegen die Rechtfertigung von Faschismus und Krieg. Wir werden auch künftig daran erinnern, dass die sowjetischen Menschen und ihre Rote Armee den Hauptanteil an der Niederschlagung des Faschismus in Europa hatten!

Wir werden uns – auch in ihrem Sinne - solange am Widerstand gegen Neofaschismus und gegen Nazi-Aufmärsche beteiligen, bis diese Geschichte sind!

Eine Welt des Friedens, der Freiheit, der Gleichberechtigung, der Solidarität aller Menschen und der sozialen Gerechtigkeit, der Sozialismus, bleibt unser Ziel.

(24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

3. Tagung des Parteivorstands der DKP

26./27. März 2011, Essen

Beschluss;

Theoretische Konferenz

Konzept für die theoretische Konferenz der DKP

Die theoretische Konferenz findet am 30. Oktober 2011 von 11 Uhr bis 17 Uhr 30 in Hannover, FZH Linden statt.

Voranmeldung: Nur über die Bezirks- bzw. Landesvorstände der DKP bis spätestens zum 10. Oktober.

(1) Inhalt:

Beschlossen wurde auf dem Parteitag eine klärungsorientierte Diskussion entlang von Sachthemen. Die Konferenz kann sich jedoch nicht mit der Gesamtheit der genannten Themen beschäftigen. Eine Konzentration auf wichtige Schwerpunkte ist nötig.

Unter dem Oberthema

„Kapitalstrategien und Gegenwehr“

sollten folgende Schwerpunkte diskutiert werden:

- **Aktuelle politische, ökonomische und soziale Strategien des Kapitals**
- **Arbeiterklasse - neue Strukturen, neue Bedingungen des Kampfes: Wie lernt die Klasse wieder zu kämpfen?**
- **Rolle der DKP in der heutigen Zeit**

(2) Ort: Hannover

Beginn: 11:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

(3) Ablauf:

Kurze Einführung, Debatte in drei Arbeitsgruppen (mit Pro und Kontra). Die Beiträge der ausländischen Gäste sollten im Plenum gehalten werden. Soweit die Zeit erlaubt sind dazu kurze Nachfragen und Statements möglich.

Zeitplan:

11:00 bis 11:15	Eröffnung
11:30 bis 13:15	Tagung in Arbeitsgruppen entsprechend der Schwerpunktsetzungen mit einleitenden Beiträgen (max. 20 Minuten)
13:15 bis 14:00	Pause
14:00 bis 16:00	Tagung in Arbeitsgruppen
16:15 bis 17:30	Plenum (Beiträge der ausländischen Gäste, Schlusswort)

Für Plenumsbeiträge (je 20 Minuten) bzw. für Beiträge in den Arbeitsgruppen sollten neben Referenten der DKP, über die wir uns verständigen müssen, einen/eine Genossen/Genossin aus Kuba,

der/die auch für weitere Veranstaltungen in der Partei zur Verfügung stehen würde, eventuell Bolivien und von der KKE angefragt werden.

Da der Zeitrahmen für diese Konferenz sehr eng ist, sollten außer den ausländischen Gästen keine weiteren eingeladen werden.

(4) Vorbereitung:

(4-1) Das Bildungsthema 2-2011 sollte "zweigeteilt" werden:

(a) In einen Beitrag zu Geschichte, Inhalt und Bedeutung der Leninschen Imperialismustheorie. Schon hier sollte in einem Kapitel/Abschnitt auf die unterschiedlichen Einschätzungen marxistischer politischer Ökonomen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verwiesen werden. (Juni)

(b) eine Reihe von GenossInnen stellen im zweiten Teil in Kurzbeiträgen (6 000-7 000 Zeichen) ihre Position zum Thema "Lenins Imperialismustheorie und neuere Entwicklungen des Kapitalismus". Vorschlag (mit der Bitte um Ergänzung oder um Alternativvorschläge): Beate Landesfeld, Hans-Peter Brenner, Leo Mayer und/oder Fred Schmid, Jörg Miehe, Lucas Zeise und eventuell ein SDAJler, eine SDAJlerin (Juni, Juli – eventuell UZ-Beilage).

(4-2) Auch zu den Schwerpunktthemen der theoretischen Konferenz sollten sich in entsprechenden Kurzbeiträgen mögliche Referentinnen und Referenten mit Pro/Kontra in der UZ äußern (Mai/September). Aus den Beiträgen des Bildungsthemas sowie den anderen UZ-Beiträgen wird ein Reader erstellt (Anfang Oktober).

(4-3) Die Mitglieder des Parteivorstandes unterstützten im Rahmen ihrer Möglichkeiten die in Gruppen, Kreisen und Bezirken vorgesehen Diskussionsveranstaltungen. Von denen sollten – entsprechend des Beitrages zur Diskussion in Frankfurt a. M. - zusammenfassende Berichte in der UZ erscheinen.

(5) Weiteres:

Werbung: Parteiintern – DKP-Info, UZ, kommunisten.de

Nachbereitung: Die Berichte aus den Arbeitsgruppen der Konferenz, die Referate der ausländischen Redner/Rednerinnen sowie bis zur Konferenz nicht veröffentlichter Beiträge werden in der UZ und/oder über kommunisten.de publiziert

Gesamtreader: Digital (der PV sollte nach der Konferenz festlegen, ob auch eine Printauflage nötig ist)

(21 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen)

3. Tagung des Parteivorstands der DKP

26./27. März 2011, Essen

Beschluss:

Einrichtung eines Büros des Parteivorstandes in Berlin

Der Parteivorstand der DKP beauftragt das Sekretariat, nach einem geeigneten Büro für die Repräsentanz der DKP in der Bundeshauptstadt Berlin zu suchen.

Die Finanzierung dieses Büros in Berlin soll auf Dauer nicht durch den Haushalt der DKP finanziert werden, sondern ausschließlich durch Spenden oder andere nur auf diesen Zweck gerichtete Mittel gesichert werden.

Dazu ist nach Findung eines Objektes ein gesonderter Haushaltsplan zu erstellen, deren Einnahme sich allein aus oben genannter Finanzierung ergibt.

Die personelle Präsenz wird durch Mitglieder des Sekretariats und Genossinnen und Genossen gewährleistet, die bundesweit für die DKP tätig sind.

(20 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

3. Tagung des Parteivorstands der DKP 26./27. März 2011, Essen

Beschluss:

DKP fordert sofortiges Ende der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Libyen

Frankreich, die USA und Großbritannien haben am 19. März 2011 eine barbarische militärische Aggression gegen Libyen begonnen. Binnen 24 Stunden wurden über 130 Luftsätze geflogen, Bomben fielen auch auf die Hauptstadt Tripolis. Seit dem Abend des 24. März hat die NATO mit Zustimmung der Bundesregierung die Führung des Militäreinsatzes übernommen. Damit soll eine Flugverbotszone über Libyen durchgesetzt werden. Die militärischen Aktionen gehen weit über die Festlegungen in der UN-Resolution 1973 hinaus, die im UNO-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen wurde. Die USA wollen nun auch offiziell die Rebellen mit Waffenlieferungen unterstützen.

Die Resolution verlangt jedoch vor allem eine „sofortige Waffenruhe und ein Ende der Gewalt, sowie ein Ende aller Angriffe auf Zivilisten“. Das gilt eigentlich für beide Konfliktparteien, die NATO will diesen Beschluss jedoch nur gegen die Regierungstruppen durchsetzen, die auch am Boden angegriffen werden. Sie positioniert sich damit eindeutig gegen den für beide Seiten geltenden Waffenstillstand und gegen eine Verhandlungslösung. Laut dem Artikel 2 Abs. 7 der UN-Charta wird jedoch jede Einmischung in innere Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten verboten. Aber immer offensichtlicher wird, dass es der NATO mit der Unterstützung der bewaffneten Aufständischen um einen „Regimewechsel“ in Libyen geht. Dafür wird bombardiert und werden Zivilisten getötet. Dieser militärische Einsatz gegen Libyen verstößt gegen das Völkerrecht.

Libyen ist einer der wichtigen Öllieferanten für Europa. Ein Zehntel der Gesamtmenge an Öl wird aus Libyen importiert, die Ölvorräte in Libyen gelten als größer als die anderer Staaten. An der Ostküste Libyens liegen die bedeutendsten Umschlagshäfen für den Öl- und Gasexport, hier laufen die Öl- und Gaspipelines aus dem südlich gelegenen Sirte Becken zusammen. Libyen verfügt über gigantische Süßwasserressourcen tief unter der Wüste.

Als Grund für die Aggression wird „der Schutz der Bevölkerung“ genannt, ein Grund der unter dem Gesichtspunkt der jahrelangen Duldung bis hin zur Kumpanei mit Gaddafi nicht ernst zu nehmen ist. Die Durchsetzung sozialer und demokratischer Rechte für die Bevölkerungen in diesen Ländern spielt letztlich keine Rolle. Demokratische und soziale Veränderungen wird die Bevölkerung Libyens mit der militärischen Hilfe des Westens nicht durchsetzen können, im Gegenteil. Der Krieg wird eine Verhandlungslösung zwischen den Konfliktparteien und jede progressive Entwicklung in Libyen nur erschweren. Vor allem Frankreich und Großbritannien, die sich für die Militärintervention in Libyen besonders stark gemacht haben, verfolgen offensichtlich nur den Plan, den heute noch weitgehend verstaatlichten Öl- und Gassektor unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die Bundesregierung hat sich aus taktischen und ökonomischen Gründen bei der UN-Resolution enthalten. Offiziell lehnt sie die Beteiligung an einem Kampfeinsatz in Libyen ab, unterstützt aber die Kampfeinsätze der NATO. Die Bundesregierung hat der US-Regierung die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland gestattet und lässt es zu, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) in Möhringen bei Stuttgart den Angriff der USA auf Libyen koordiniert. Vor dem Hintergrund des Libyen-Krieges hat sie im Eilverfahren eine Erhöhung der Zahl der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan auf 5300 beschlossen.

Die Bevölkerung der BRD lehnt mit überwältigender Mehrheit die Stationierung der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan die Beteiligung an dem Krieg ab und fordert den sofortigen Abzug aus Afghanistan.

Die DKP fordert:

- Ein sofortiges Ende der Aggression gegen Libyen!
- ein Startverbot von amerikanischen Kampfflugzeugen aus Spangdahlem, Rheinland-Pfalz und keine Operationen aus der Kommandozentrale AFRICOM der US-Armee in Stuttgart.

- ein Ende der Flugüberwachung und der Bombardierung Libyen!
- ein Ende der Seeblockade!
- Sofortiger Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen für eine politische Lösung

Die DKP unterstützt die Aktivitäten der Friedensbewegung, die sich für ein sofortiges Ende des militärischen Angriffs auf Libyen einsetzt. Wir unterstützen die Ostermarschbewegung, die in diesem Jahr 25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl gemeinsam mit Umweltgruppen und der Anti-AKW-Bewegung die Abschaffung der Atomwaffen, die Stilllegung der AKWs, den Abzug der Truppen aus Afghanistan und den Stopp des Krieges gegen Libyen fordert.

(Einstimmig)

Beschluss:

Solidaritätskomitee der Politischen Gefangenen (CSPP) Bogotá, Kolumbien

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) senden den 7.500 politischen Gefangenen in den 140 Gefängnissen und Strafanstalten Kolumbiens solidarische Grüße.

Die Repression durch die verschiedenen Regierungen des Landes in den mehr als sechs Jahrzehnten des Bürgerkriegs hat sich immer besonders gegen die unbewaffnete Linke, gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, gegen Menschenrechtsverteidiger und gegen Mitglieder gesellschaftlich fortschrittlicher Organisationen sowie der Kommunistischen Partei gerichtet. Diese Repression findet im Gefängnis seine Fortsetzung, wo man den Gefangenen augenscheinlich die Moral und die Überzeugung brechen will. Statt nach einer ausgehandelten Lösung mit den Guerillas zu suchen, verschärfte die US-hörige Regierung unter Präsident Uribe die staatsterroristischen Aktivitäten gegen diejenigen, die sich ausdrücklich um einen gewaltfreien Weg bemühen. Derzeit ist es auch unter Präsident Santos für virile Kolumbianerinnen und Kolumbianer nicht möglich, unbewaffneten Widerstand zu leisten, weshalb unsere Solidarität auch den 1.200 eingesperrten Guerilleros gilt, deren Freilassung ein Zeichen zu einer Lösung im kolumbianischen Bürgerkrieg wäre.

In diesem Sinne begrüßen wir auch ausdrücklich die unilateralen Freilassungen von Kriegsgefangenen durch die FARC.

(Einstimmig)

Beschluss

Mitgliedsbuchneuausgabe

1. Die kommende Mitgliedsbuchneuausgabe wird auf die Zeit nach dem kommenden Parteitag verschoben, dieser findet vermutlich Ende 2012 / Anfang 2013 statt.
2. Im Vorfeld des Parteitages soll eine Parteidiskussion über organisationspolitische Fragen geführt werden, deren Beantwortung auch Auswirkungen für eine Mitgliedsbuchneuausgabe hat. Zu diesen Fragen gehört unter anderem:
 - Brauchen wir perspektivisch noch ein Mitgliedsbuch in der jetzigen Form oder sind andere Formen denkbar / notwendig (Mitgliedskarte ohne Beitragsmarken o. ä.)?
 - Wie ist perspektivisch die Kassierung zu organisieren (Markenkassierung, dezentraler / zentraler Beitragseinzug)?
 - Brauchen wir perspektivisch noch Mitgliedsbuchneuausgaben als Mittel für die Ermittlung des organisationspolitischen Stands?
3. Es wird eine Einlegekarte für die Mitgliedsbücher hergestellt, die einen Zeitraum von zwei Jahren (2012/2013) umfasst. Dies soll ermöglichen, dass der kommende Parteitag entsprechende Beschlüsse fasst, die dann im Nachgang zum Parteitag umgesetzt werden können.

(27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Beschluss:

Finanzkommission

Der Parteivorstand beschloss die personelle Besetzung der Finanzkommission.

Leiter der Finanzkommission ist der Genosse Werner Sarbok. Er wird bereits auf der 1. Tagung des Parteivorstandes gewählt.

Weiter gehören der Finanzkommission an:

- Anne Frohnweiler, Rheinland-Westfalen
- Peter Gohl, Hamburg
- Patrik Köbele, Ruhr-Westfalen
- Axel Köhler-Schnura, Rheinland-Westfalen
- Klaus Leger, Ruhr-Westfalen
- Monika Pawlitzki, Ruhr-Westfalen
- Carsten Schiefer, Berlin
- Gunnar Siebeke, Niedersachsen

AG Kuba-Solidarität des Parteivorstandes

Nicole Drücker, Hamburg, Leiterin der AG Kuba-Solidarität des Parteivorstandes, wurde vom Parteivorstand in ihrer Funktion bestätigt.

Auf der nächsten Parteivorstandstagung soll der Finanzrahmenplan des Parteivorstandes 2011 beschlossen werden

Dem Finanzrahmenplan für das Fest der Solidarität - Pressefest der UZ 2011 wurde zugestimmt.

3. Tagung des Parteivorstands der DKP **26./27. März 2011, Essen**

Beschluss

Termin- und Themenplan der Parteivorstandstagungen

9./10. Juli 2011	4. Parteivorstandstagung Schwerpunkt: Auswertung UZ - Pressefest; vorläufig: Die Weiterentwicklung der Betriebsarbeit der DKP – DKP und Einheitsgewerkschaften heute
10./11. September 2011	5. Parteivorstandstagung Schwerpunkt: Vorläufig: Kommunalpolitik, Vorbereitung Theoretische Konferenz Weiterer Termin- und Themenplan des Parteivorstands
26./27. November 2011	6. Parteivorstandstagung Schwerpunkt: Die jugendpolitische Arbeit der DKP Die Mitgliederentwicklung und Stärkung der DKP
Weitere Termine der DKP: 24. -26. Juni 2011 30. Oktober 2011	17. Pressefest der UZ – Fest der Solidarität Theoretische Konferenz der DKP

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wurde das Grußwort zum Parteitag der KPÖ angesprochen. Aufgrund der ohnehin erfolgten Zeitüberschreitung wurde beschlossen, diesen Punkt auf der nächsten Parteivorstandstagung zu behandeln und dazu den Genossen Walter Listl, DKP Südbayern, als Gast einzuladen.

(15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Die Abschlusserklärung des 12. Internationalen Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien vom 3. bis 5. Dezember 2010 in Südafrika wird als ein weiteres Material in die Parteidiskussion einfließen.

(Einstimmig)
